

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe November 2012



EINWANDERUNG 2/3

Wie kann die Zuwanderung wieder gesteuert werden?



EUROPA 6/7

EU – Wohin? Was sind die Folgen für die Schweiz?



IM FOKUS 10/11

Wer ist die SVP? Partei, Personen, Ziele.

SVP – die Partei für die Schweiz



Sicherheit für alle



Sichtbare Polizeipräsenz auf den Strassen ist eine der besten Massnahmen gegen Gewalt und Kriminalität.

Raubüberfälle, Einbruchdiebstähle, aufgeknackte Autos – das passiert tagtäglich in Lausanne, in Zürich, in Basel und anderen Orten. Immer dreister und unverfrorener schlagen die Täter, oft mit ausländischer Herkunft, teilweise bandenmässig zu.

Am Sonntag, 28. Oktober, gegen 3 Uhr morgens schlägt ein 20-jähriger Peruaner einen betagten Mann zusammen, dem er zufällig begegnet ist. Das 83-jährige Opfer wird schwer verletzt. «Zum Spass» habe der Täter zugeschla-

gen, berichten die Medien. Die Polizei steht oft machtlos da, muss zuschauen, wie die «Chügelidealer» ihr Handwerk treiben, wie die Ladendiebe, die gestern erwischt wurden, heute wieder frei herumlaufen und das nächste Objekt

auskundschaften. Die gerichtlichen Mühlen mahlen zu langsam und orientieren sich an den Tätern statt an der Sicherheit der Bevölkerung und dem Schutz der Opfer. Justiz und Politik sind gefordert zu handeln.

Meine Erwartungen an die Schweiz:



Anita Borer, Gemeinderätin, Kantonsrätin, Präsidentin JSVP Kanton Zürich, Supervisorin bei der Zürcher Kantonalbank, Uster (ZH)

« Ich erwarte von den Schweizer Politikern, dass sie sich der Vorzüge der Schweiz bewusst sind und sich immer wieder in Erinnerung rufen, dass sie für das Volk und nicht für sich selber politisieren. Das heisst auch, dass sie eine uneigennützige Politik verfolgen und die Interessen der Schweiz vertreten. »

Schweiz erhalten



In kaum einem anderen Land der Welt findet sich so viel Lebensqualität auf so kleinem Raum.

Wir sind stolz auf die Schweiz und dankbar, dass wir hier leben dürfen. Die Schönheit des Landes, Freiheit, Sicherheit, kulturelle Vielfalt, gelebte Traditionen und direkte Demokratie:

In kaum einem anderen Land auf der Welt findet sich so viel Lebensqualität auf so kleinem Raum. Für die SVP ist klar, dass diese Errungenschaften einerseits auf der über Jahrhunderte erkämpften Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schweiz gründen und andererseits die Folge von Tugenden sind, welche unsere Vorfahren vorge-

lebt haben. Ein hohes Mass an Eigenverantwortung, das Streben nach Qualität, die Widerstandsfähigkeit, aber auch ein ausgeprägter Gemeinschaftsinn, der Stärkere und Schwächere verbindet, prägen die Willensnation Schweiz.

Die SVP will die Stärken der Schweiz, aber auch die Identität des Landes, welche auf zahlreichen Traditionen aufbaut, erhalten und ausbauen. Die Popularität der «Swissness» oder der Volkskultur in den vergangenen Jahren, aber auch die Betonung traditio-

Kommentar:



Wieso ein SVP-Extrablatt?

Die Schweiz als direktdemokratisches Land mit ihrer offenen Gesellschaft hat der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit besondere Beachtung zu schenken. Diese grundlegenden Freiheiten sind schliesslich in unserer Bundesverfassung verankert. Jede Bürgerin und jeder Bürger in unserem Land, unabhängig von Stand, Herkunft und Weltanschauung, darf und soll sich frei äussern können.

Doch trifft dies auch heute noch in jedem Fall zu? Wir haben in den letzten 25 Jahren eine Umwälzung der Medienlandschaft erlebt. Neben dem Monopol der SRG im nationalen Radio- und Fernsehbereich findet eine zunehmende Konzentration im Bereich der Printmedien statt. Nur noch wenige Verlags-häuser dominieren die Tages- und Wochenzeitungen im Land. Gebietsmono-pole könnten zur Regel werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Verlagen im publizistischen Bereich führt zu einer Annäherung von Formen und Inhalten. Die Folge ist, dass wenige Medienhäuser über die Hoheit der publizierten Meinung im Land verfügen und damit eine unheimliche Machtfülle auf sich vereinen. Was Tamedia, Ringier, NZZ, AZ Medien und die Südostschweiz Mediengruppe schreiben, prägt die öffentliche Wahrnehmung in der Schweiz. Was sie verschweigen, wird kaum mehr wahrgenommen. Diese Entwicklung ist bedenklich und nicht ungefährlich, insbesondere dann, wenn Verlagshäuser auch politische Interessen verfolgen.

Wir als SVP haben doch das Gefühl, dass wir öfter verzerrt und auch einseitig dargestellt werden. Die Medien berichten gerne über Personalien und Befindlichkeiten, aber die Ziele, Aktivitäten und Erfolge unserer Partei werden häufig verschwiegen. Die SVP hat ein sehr konsequentes, freiheitliches und bürgerliches Programm, und es ist auch massgeblich ihr Erfolg, dass wir uns als Schweiz aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der EU herausgehalten haben. Punkto Wohlstand, Arbeitsplätze und Verschuldung steht die Schweiz im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten noch immer gut da. Aus diesem Grund wenden wir uns mit diesem Extrablatt an Sie.

Neben der Medienfreiheit ist auch die freie Rede gefährdet. Wer heutzutage politisch Klartext spricht, muss immer öfter mit einem Strafverfahren rechnen. Die Rassismus-Strafnorm beispielsweise wird von einzelnen Personen und Anwälten systematisch dazu missbraucht, missliebige Meinungen zu kriminalisieren. Staatsanwaltschaften und Gerichte haben nicht den Mut, diese offensichtlichen Auswüchse zu unterbinden. So gibt es kaum ein Mitglied der erweiterten SVP-Parteileitung, das heute nicht in ein Verfahren aufgrund einer politischen Meinungsäusserung verwickelt ist. Auch wer Missstände aufdeckt, riskiert, juristisch belangt zu werden. Der Fall Hildebrand hat dies exemplarisch aufgezeigt.

Wir werden auch in Zukunft sagen, was Sache ist, und den Finger auf Missstände legen. Dazu lassen wir uns den Mund nicht verbieten, auch wenn wir dafür mit medialen Verunglimpfungen, politischen Repressionen und juristischen Folgen rechnen müssen. Mit dem vorliegenden Extrablatt legen wir dar, was aus unserer Sicht die Grundsätze und Werte für eine erfolgreiche Schweiz sind.

Toni Brunner

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

ner Werte durch die junge Generation zeigen, dass das Einstehen für die Schweiz aktueller ist denn je. Wir verstehen dies auch als politischen Auftrag. Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit müssen immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Gerade in einer globalisierten Welt mit zunehmender internationaler Konkurrenz braucht es dazu ein gesundes Selbstvertrauen und einen Stolz, der bisweilen auch nach aussen ein bestimmtes «Bis-hierher-und-nicht-weiter» verlangt.

Glücksbringer «Zottel» wünscht viel Spass beim Lesen!





Ohne Medienfreiheit keine Demokratie



Gregor A. Rutz ist 40 Jahre alt, verheiratet und wohnhaft in Küssnacht (ZH). Er ist selbstständiger Unternehmer und wird am 26. November 2012 als Nachfolger von Bruno Zuppiger als Nationalrat vereidigt.

Die Medienfreiheit ist ein zentraler Wert im liberalen Verfassungssystem: Sie ist unabdingbare Voraussetzung für eine freie, lebendige Demokratie. Doch in der Schweiz verhindern immer mehr gesetzliche Einschränkungen und staatliche Interventionen den Wettbewerb unter den Medien. Damit wird zwangsläufig auch der freie Diskurs der Meinungen eingeschränkt – verheerende Signale für eine direkte Demokratie.

Unnötige Regulierungen
Die damalige Feststellung ist heute Wunschtraum. Daran trägt die Politik jedoch mehr Schuld als die Medien. Im Gleichschritt mit der technischen Entwicklung der vergangenen dreissig Jahre entstand eine Vielzahl unnötiger Regulierungen. Es ist absurd: Während die neuen Technologien das Entstehen von Lokalradios, Regionalfernsehen oder auch Internetplattformen und sogenannten Social Networks möglich machten, bremst die Politik diese Entwicklungen, indem der Staat den neu entstehenden Markt bis ins Detail regeln und kontrollieren will.

Konzessionen passen nicht in ein freies Land
Die Tatsache, dass Radios und Fernsehen Konzessionen erhalten, welche nicht nur ein Sendegebiet definieren, sondern auch den Programmauftrag

und die Kontrolle desselben festlegen, mag nicht recht in eine freie Demokratie passen – ebenso wenig dass die entsprechenden Medien mit Gebührenanteilen dann auch noch staatlich entschädigt werden. Fehlenden Wettbewerb kann man nicht mit «Medienförderung» beheben. Hierfür gibt es nur ein Rezept: Deregulierung. Und dieser Schritt ist im Bereich des schweizerischen Medienrechts mehr als überfällig.

Medienpolitik zugunsten der Freiheit
Doch National- und Ständerat diskutieren derzeit über weitere Massnahmen zur Medienförderung. Wo führen Forderungen wie die «Sicherstellung von Qualität im Internet» hin? Jeder liberal gesinnte Bürger muss hellhörig werden. Gerade in der Medienpolitik ist das Engagement für die Freiheit derzeit besonders wichtig!

Vor hundert Jahren hat das Bundesgericht festgestellt, es sei nicht nur Aufgabe der Presse, «dem Leser bestimmte, die Allgemeinheit interessierende Tatsachen zur Kenntnis zu bringen», sondern auch «über die Staatsverwaltung und insbesondere über die Verwendung der öffentlichen Gelder Aufschluss zu verlangen, allfällige Missbräuche im Gemeinwesen aufzudecken, usw.» (BGE 37 I 388). Ein weiser Entscheid.

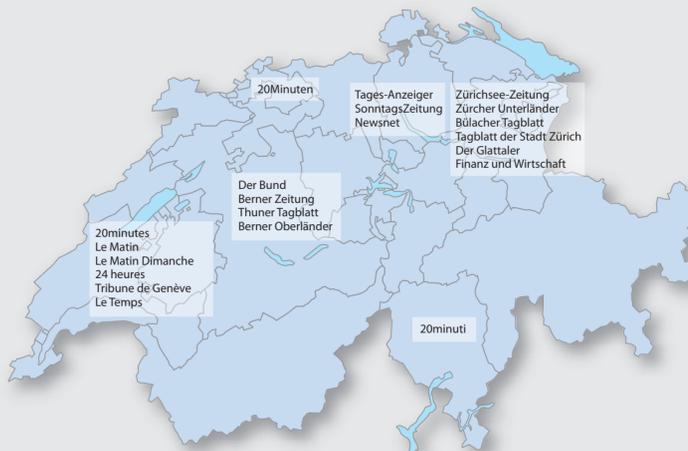
Die Medienkonzentration in der Schweiz schreitet voran

Neben der dominanten SRG im Radio- und Fernsehbereich wird auch die Presselandschaft mittlerweile von wenigen Verlagen beherrscht. Fünf grosse Verlagsgruppen (Tamedia,

NZZ-Gruppe, Ringier, AZ Medien, Südostschweiz Medien) teilen die auf lagenstärksten Titel in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz unter sich auf. Ebenso mischen diese

Verlage teilweise bei den regionalen elektronischen Medien mit. Von den Grossverlagen unabhängige Medienerzeugnisse wie die Basler Zeitung und die Weltwoche bilden die Ausnahme.

An diesen Medien ist der Verlag Tamedia beteiligt (Auswahl):



Auswahl der Beteiligungen Ringier	Auswahl der Beteiligungen NZZ-Gruppe	Auswahl der Beteiligungen AZ Medien	Auswahl der Beteiligungen NZZ-Südostschweiz Medien
- Blick - Blick am Abend - Sonntagsblick - L'Hebdo - Le Temps - il caffè - Radio Energy	- NZZ - NZZ am Sonntag - St. Galler Tagblatt - Thurgauer Zeitung - Neue Luzerner Zeitung - Zentralschweiz am Sonntag - Zuger Presse - tvo - Tele 1 - Radio Pilatus - FM 1	- Aargauer Zeitung - Der Sonntag - Basellandschaftliche Zeitung - Solothurner Zeitung - Grenchener Tagblatt - Limmattaler Zeitung - Tele M1 - TeleZüri - TeleBärn	- Die Südostschweiz - Die Südostschweiz am Sonntag - Bündner Tagblatt - La Quotidiana - Radio Grischia - Tele Südostschweiz

Impressum
EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'805'500 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Externer Redaktor: Martin Sinzig | Gestaltung und Grafiken: GÖAL AG für Werbung und Public Relations, 8600 Dübendorf | Bildquellen: ImagePoint AG, iStockphoto, KEYSTONE AG, Nussbaum / ONZ, Schweizer Luftwaffe, Schweizerischer Bauernverband (sbv), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Guhl | Druckerei: Die Zeitungsdrucker Schweiz AG, 4002 Basel
Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Mehr Einwanderung – weniger Lebensraum

Im Stadtstaat Schweiz wird es immer enger: Manche Dinge will man gar nicht wissen. Man muss vielleicht in einer Stadt wie Lagos leben, um zu verstehen, was eine exponentiell wachsende Bevölkerung bedeutet. Lagos gilt als die am schnellsten wachsende Stadt der Welt und laut dem Wirtschaftsmagazin «Economist» deshalb auch als eine jener Städte, in denen man am schlechtesten lebt.



Die Menschen in Lagos leiden unter Abgasen, Wohnungsnot, schlechter Versorgung, Müll, geschwundener Gesundheit, Kriminalität und hoher Kindersterblichkeit. Die Infrastruktur der Stadt kann das Bevölkerungswachstum nicht tragen. Erschreckend ist, dass die Wachstumszahlen der Schweiz gar nicht so stark von denen von Lagos weg sind. Die weltweiten Bevölkerungszahlen rasen nach oben. Seit 1900 hat sich die Weltbevölkerung von 1,5 Milliarden auf heute 7 Milliarden fast vervunfacht. Damit bleibt auch der Auswanderungsdruck infolge Armut hoch. Die Schweiz zählt dabei weltweit zu den attraktivsten Destinationen.

Sinkende Lebensqualität
Familie van Eijk aus Holland macht seit Jahren Ferien in der Ostschweiz. Dieses Jahr kam sie erstmals nicht. Nicht wegen des Eurokurses: «Wir sind gekommen, weil ihr nicht so dicht besiedelt seid, viel Raum für Natur habt und weil nicht Millionen Menschen auf engstem Raum

zusammengequetscht leben. Doch die Lebensqualität sinkt Jahr für Jahr.»

Schon bald 10 Millionen?
Der Eindruck täuscht nicht. Inzwischen ist die Zahl von 8 Millionen Einwohnern überschritten. Und die Schweiz wächst und wächst. Mit 185 Personen pro km² ist sie eines der am dichtesten besiedelten Länder Europas. Und das, obwohl unsere Berge nur wenig bewohnt sind. Die Bevölkerung weist derzeit die stärkste Zunahme in der Geschichte der Schweiz auf. In den letzten zehn Jahren sind rund 700'000 Personen mehr ein- als ausgewandert. Die Bundesämter rechnen bereits mit 10 Millionen Einwohnern als direkte Folge der unkontrollierten Zuwanderung. Wenn politisch nicht gehandelt wird, sind die Zahlen des Bundes sogar zu tief geschätzt. Klar ist, dass dies unser Land verändern wird. Die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne, auf Kriminalität, Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Schulen, Gesundheitswesen und Sozialwerke sind enorm. Dabei weist die Schweiz heute schon einen der weltweit höchsten Ausländeranteile auf. Unser Bevölkerungswachstum ist in ganz Europa einmalig. Die Bevölkerungszahl wächst bei uns fünfmal schneller als in Europa und damit gleich stark wie in Schwellenländern wie Indien.

Eine einzige Grossstadt von St. Gallen bis Genf
Die falsche Politik der unkontrollierten Einwanderung und der EU-Personenfreizügigkeit hat die Schweiz zu einem Masseneinwanderungsland gemacht. In den Jahren 2010 und 2011

wuchs die Bevölkerung um 80'000 Menschen – das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt St. Gallen. In 20 Jahren entsteht so auf der Strecke St. Gallen–Genf alle 15 km eine Stadt in der Grösse von St. Gallen. Wir bewegen uns in schnellen Schritten auf einen Stadtstaat zu. Jede Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter Boden verbaut. Und trotzdem steigen die Mieten und die Wohnpreise – parallel zur Einwanderung – stark an.

Verkehrsinfrastrukturen am Anschlag
Das zusätzliche Verkehrsaufkommen der vergangenen Jahre auf Strasse und Schiene hängt direkt mit dem starken Bevölkerungswachstum zusammen. 300'000 Einwohner mehr bedeuten auch zusätzliche 300'000 Auto- und Bahnfahrer. Das Wachstum wurde durch unkontrollierte Einwanderung mittels Personenfreizügigkeit getrieben. Statt die Verkehrsinfrastrukturen für Milliarden auf solche Kapazitäten auszubauen, müsste auch offen und ehrlich über die Grenzen der Einwanderung diskutiert werden. Die Schweiz stösst an die Grenzen des Tragbaren. Die Lebensqualität leidet.

Schulklassen mit Ausländeranteilen von über 50% sind in den Ballungsgebieten die Regel. An eine vernünftige Integration ist dabei nicht mehr zu denken. Auch der Kriminalitätsanstieg hängt direkt mit der Einwanderung zusammen. Rund 70% der Inhaftierten sind Ausländer. Die Gefahr der Bildung von Parallelgesellschaften, die sich den rechtsstaatlichen Bedingungen komplett entziehen und ein separates Eigenleben entwickeln, nimmt auch in der Schweiz zu. Natürlich gibt es ausländische Fachkräfte, auf welche die Schweiz angewiesen ist. Diese sind auch weiterhin willkommen und unbestritten. Aber das ist noch lange kein Grund, um der ganzen Welt Tür und Tor zu öffnen. Vielmehr sollte die Schweiz zu einer kontrollierten und eigenständig gesteuerten Zuwanderung zurückkehren.

Lukas Reimann, Nationalrat, Jura-Student, Wil (SG)



Die Einwohnerzahl der Schweiz wuchs vor allem durch Zuwanderung in den letzten zwei Jahren je um rund 80'000 Personen – jedes Jahr kommt so eine Stadt in der Grösse von St. Gallen dazu. (Foto: Siedlung in Dübendorf, Zürich).

Darum braucht es eine Steuerung der Zuwanderung



Nadja Pieren, Nationalrätin, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Burgdorf (BE)

In den letzten Jahren hat die Zuwanderung in die Schweiz massiv zugenommen. Die Verträge mit der EU, insbesondere das Freizügigkeitsabkommen, erlauben es uns nicht mehr, selber zu steuern, wer in unser Land einwandern darf und wie viel Zuwanderung wir zulassen wollen. Deshalb hat die SVP Schweiz die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» lanciert und im Februar 2012 mit über 136'000 Unterschriften eingereicht. Die Unterschriften für die Initiative

wurden in nur sechs Monaten überaus schnell gesammelt – dem Schweizer Volk ist es ein Anliegen, wieder selber über die Zuwanderung entscheiden zu dürfen. Bald wird die Initiative vom Parlament behandelt werden, sodass hoffentlich bald das Volk über deren Annahme abstimmen kann. Nur so dürfen auch unsere Kinder die Schweiz, wie wir sie kennen und schätzen, noch erleben. www.masseneinwanderung.ch

Gastkommentar



Zuwanderung löst Probleme der AHV nicht

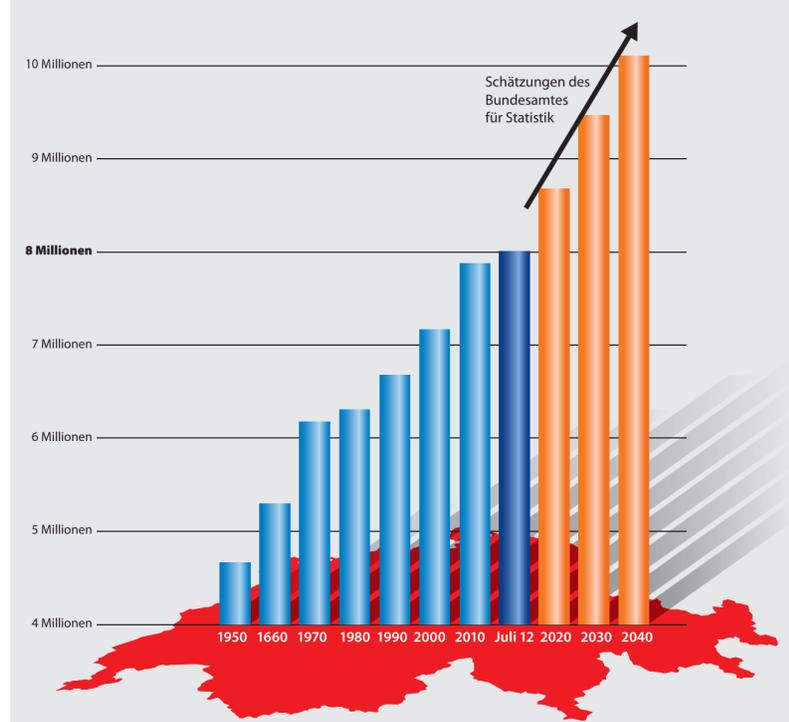
Martin Janssen, Unternehmer und Professor für Finanzmarkt-Oekonomie an der Universität Zürich.

Eine Person, die heute in Pension geht, lebt durchschnittlich noch 23 Jahre. Diese Zahl erhöht sich jedes Jahr um mehrere Monate, in fünf Jahren sind es mindestens 24 Jahre. Wie kann diese längere Lebensdauer im Rahmen der AHV finanziert werden, und welche Rolle spielt die Einwanderung?

Die AHV ist ein grosser Geld-Topf, in den im laufenden Monat die AHV-Beiträge und Steuern hineinfliesen und aus dem im nächsten Monat die AHV-Renten bezahlt werden. Steigt die Lebenserwartung, fliesst mehr hinaus als hinein. Was kann man dagegen tun? Man könnte das Pensionsalter hinaufsetzen, höhere AHV-Beiträge erheben, für mehr Wirtschaftswachstum sorgen, die Zahl der Erwerbstätigen erhöhen, die Renten reduzieren oder mehr Steuergelder zur Verfügung stellen. Während der letzten Jahre hat die Zuwanderung von etwa 70'000 Ausländern pro Jahr einen wesentlichen Beitrag geleistet, diesen Topf im Gleichgewicht zu halten, ohne die Beiträge erhöhen, die Renten senken oder andere Massnahmen ergreifen zu müssen.

Dazu drei Bemerkungen: Erstens ist bekannt, dass die Zuwanderung auf dem Wohnungsmarkt, auf den Strassen, in den Zügen und anderswo Kosten verursacht. Man muss sich generell fragen, ob es sich lohnt, diese Kosten auch darum in Kauf zu nehmen, weil mit der Immigration das momentane Gleichgewicht der AHV aufrecht erhalten werden kann. Zweitens muss man bedenken, dass das eigentliche Problem der AHV die Erhöhung der Lebenserwartung und die Veränderung des Bevölkerungsaufbaus ist. Und dieses Problem kann man mit der Einwanderung, die auch umgekehrt wirken kann, nicht lösen. Drittens, und das scheint am wichtigsten, verstellt der «Lösungsansatz Einwanderung» seit Jahren den Blick auf das Wesentliche: Der langfristige Generationenvertrag der AHV kann nur dann erfüllt werden, wenn er auf die Eigenschaften der Schweiz und ihrer Wirtschaft zugeschnitten ist. Hier spielt vor allem das echte Wirtschaftswachstum, das durch eine massive Entbürokratisierung und Deregulierung gestärkt werden müsste, eine zentrale Rolle. Leider kommt die Einwanderung vielen Politikern auch gerade darum recht, weil sie so das Problem der AHV wieder ein paar Jahre länger nicht in Angriff nehmen müssen. Auch hier gilt: «Griechenland ist überall».

Bevölkerungsentwicklung der Schweiz: 8 Millionen im Juli 2012 erreicht



Quelle: Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010 – 2060

Zu viele Grenzgänger im Tessin

Die unanfechtbaren Zahlen sprechen eine klare Sprache. Im Jahr 2010 strömten Tag für Tag rund 45'000 Grenzgänger aus Norditalien zur Arbeit in den Kanton Tessin. Jetzt, zwei Jahre später, sind es bereits 55'000 ausländische Arbeitnehmer. Monat für



Die Kontrolle sowie der Schutz der Grenzen gehört zu den ureigensten Aufgaben eines jeden souveränen Staates.

Monat wuchs die Zahl der Grenzgänger seit 2010 um rund 400 Personen. Besonders betroffen davon sind Tessinerinnen und Tessiner in Branchen, in denen der stetige Zuwachs der Grenzgänger zulasten der ortsansässigen Arbeitskräfte erfolgt.

Und was tut der Bundesrat? Er begnügt sich damit, die Situation in den Grenzregionen zu beobachten und zu dokumentieren. Bisher hat «Bern» das Problem und dessen unsägliche Folgen immer bestritten, verneinlich oder auf «flankierende Massnahmen»

als Allheilmittel verwiesen. Noch bleibt zu hoffen, dass der Bundesrat angesichts der alarmierenden Situation endlich erwacht und sich in einer ernst zu nehmenden Art der Probleme annimmt.

Bis es jedoch so weit ist, gilt es, irreparable Schäden zu verhindern. In einem ersten Schritt könnten beispielsweise auf Gemeinde- und Kantonebene Arbeitsplätze einheimischen Arbeitslosen angeboten werden. In Genf funktioniert dies bestens. Eine echte Lösung ist allerdings nur durch eine Neuverhandlung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU zu erreichen. Die Schweiz muss zum früher bewährten System mit Kontingenten und Höchstzahlen für ausländische Arbeitnehmer zurückkehren. Dieses hat nicht der EU, sondern den Bedürfnissen der schweizerischen Wirtschaft zu dienen und dem Prinzip des Inländervorzugs gerecht zu werden. Auch für Grenzgänger müssen Höchstzahlen festgelegt werden, um die einseitig zulasten der Schweizerinnen und Schweizer aus dem Ruder laufende Entwicklung zu stoppen.

Wenn die Politik diese Zusammenhänge nicht erkennt und weiterhin Lösungen verweigert, werden dramatische Auswirkungen für die Beschäftigung der einheimischen Bevölkerung und auf die Sozialversicherungen nicht zu vermeiden sein.

Pierre Rusconi, Nationalrat, Sorengo (TI)

Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung waren gestern



Nationalrätin Andrea Geissbühler, hier im Einsatz als Polizistin in der Stadt Bern.

Die Schweiz: sauber, sicher, ordentlich. Dieses Bild prägte unser Land für lange Zeit. Und heute? Wir müssen leider zugeben: Zumindest in unseren Städten stimmt diese Darstellung nicht mehr. Raubüberfälle, Diebstähle, Littering (Verschmutzung des öffentlichen Raums), Vandalismus, Chaotikum und Übergriffe auf Behörden und Polizei gehören immer mehr zum Schweizer Alltag.

Wo Abfallberge sich erheben: Diesen deprimierenden Anblick bietet die Bundesstadt Bern jeden Sonntagmorgen. Eine Studie des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) zeigt, dass Littering in der Schweiz jährlich rund 200 Millionen Franken Reinigungskosten verursacht. In unserer Konsum- und Wegwerfgesellschaft haben viele gelernt, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Die Konsequenzen trägt die Allgemeinheit. Zur Verschmutzung des öffentlichen Raums durch Abfälle aller Art kommen Vandalismus, Alkoholexzesse und Gewalt.

Das sind Folgen eines zunehmenden Werteverfalls. Die Gewaltentwicklung ist höchst besorgniserregend, wie jüngste Vorfälle im Oktober 2012 zeigen. Bei der Reitschule in der Stadt Bern wurden innert zehn Tagen vier Polizeiautos mit Flaschen beworfen. Sprayereien auf dem Vorplatz rufen zu Gewalt gegen die Polizei auf. Gleich vier Raubüberfälle haben sich gemäss einer Agenturmeldung in einer Nacht in Zug ereignet: Die Täter entriessen drei Frauen und zwei Männern Natsels, Portemonnaies oder die Handtasche. Zuvor bedrohten oder schlugen sie

ihre Opfer. Zwei Nordafrikaner sitzen in Untersuchungshaft.

Solche Vorfälle gehören zu meinem Arbeitsalltag als Polizistin. Oft treffen wir am nächsten Tag in der Stadt die gleichen Personen, die wir am Vortag auf den Posten mitgenommen haben, bereits wieder auf freiem Fuss an. Die Statistik zeigt, wie dramatisch die Situation geworden ist. Beispiel Stadt Basel: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat dort die Zahl der Raubüberfälle gegenüber dem Vorjahr um 40% zugenommen. Mit 165 gemeldeten Überfällen geschieht dort im Durchschnitt jeden Tag ein Gewaltverbrechen!

Die politischen Behörden haben deshalb der Polizei den Rücken zu stärken, damit die Polizei schnell und konsequent eingreifen kann. Übergriffe auf Polizisten, Rettungssanitäter und andere Behörden sind von den Justizbehörden endlich hart zu bestrafen. Dies sind wichtige Schritte, damit unsere Schweizer Städte wieder zu Orten von Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung werden und die Wohn- und Lebensqualität für uns alle zunimmt.

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Herrenschwand (BE)

Die multikulturelle Herausforderung

Die heutigen Einwanderungsströme in die Schweiz sind keineswegs mit jenem der Italiener in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts vergleichbar. Weder qualitativ noch quantitativ. Dies stellt unser Land vor ungeahnte Herausforderungen. Die kumulierte Wirkung des Schengen-Vertrags, der Personenfreizügigkeit und des uns über den Kopf wachsenden Zustroms von Mächtgern-Asylanten (insbesondere aus dem nordafrikanischen Raum) schaffen in der Bevölkerung Verunsicherung.

Funktionierte die Integration der Einwanderer im letzten Jahrhundert noch einwandfrei, so ist das heute nicht mehr der Fall. Dies, weil die Immigranten in solcher Anzahl hereinströmen, dass eine angemessene Aufnahme und Integration kaum mehr zu bewältigen sind. Das Problem ist aber auch das enorme kulturelle und religiöse Gefälle zwischen den neuen Immigranten und der einheimischen Bevölkerung.

relle und religiöse Ghettos, die sich als Parallelgesellschaften entwickeln. Von Zusammenleben ist immer weniger die Rede. Unsere seit der Aufklärung auf dem Individualitätsprinzip aufgebaute Gesellschaft ist aber nicht darauf vorbereitet, stammesethnisch organisierte, das heisst als quasi-immunes Kollektiv funktionierende Gruppen aufzunehmen und zu integrieren. Der Individualismus funktioniert nur in einer mehr oder weniger homogenen Gesellschaft, deren Mitglieder die allgemeinen Regeln sowohl kennen als auch akzeptieren. Zudem muss der Staat auch bereit sein, diese Regeln durchzusetzen.

Sippen und Clans anstelle von Individuum und Staat

Das Problem besteht darin, dass in den meisten aussereuropäischen Gesellschaften die Interessen der Sippen und Clans über diejenigen des Allgemeinwohls gestellt werden. Hinzu kommt, insbesondere was den Islam betrifft, eine völlig anders geartete Auffassung des Individuums, des Staates und des Verhältnisses zwischen dem Staat und der Religion. Moslems kennen die Trennung zwischen dem religiösen Dogma und den zivilen Gesetzen nicht. Für sie ist der Koran Gesetz. Dies bewirkt, dass völlig systemfremde Auffassungen in der Schweiz heimisch und Konzepte wie



Fremd im eigenen Land? Für immer mehr Schweizer wird die unkontrollierte Einwanderung in die Schweiz zum Problem.

Glaubensfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Primat der staatlichen Gesetze über religiöse Dogmen in Frage gestellt werden.

Rechtsordnung gilt es zu akzeptieren

Deshalb müssen wir fordern, dass Einwanderer unsere Rechtsordnung integral zu akzeptieren haben. Ethnisch-religiöse Parallelgesellschaften müssen un-

bedingt verhindert werden sowie auch deren Inbeschlagnahme durch fanatische Religionsführer. Schliesslich müssen die Einwanderungsströme eingeschränkt werden, damit wir die Einwanderer zwar in geringerer Zahl, aber dafür besser aufnehmen und integrieren können.

Oskar Freysinger, Nationalrat, Deutschlehrer am Gymnasium, Autor von diversen Büchern, Savise (VS)

SVP in den Städten:

Gesunde Finanzen

Geordnete Finanzen schaffen Handlungsfreiheit. Dass Bund und Kantone auf die Ausgabenbremse treten, ist deshalb richtig. Nur wäre nicht bloss eine Lastenverschiebung gegen unten, sondern eine echte Verzichtsplanung angesagt. Die Auswirkungen bekommen derzeit die Gemeinden zu spüren. Was oben nicht gespart, sondern nur nach unten verschoben wird, müssen sie ihren Bürgern ganz direkt durch höhere Steuern überbinden. Nach der Verschärfung der Arbeitslosenversicherung steigen in Rorschach die Fürsorgekosten für Ausgesteuerte. Grosse Zusatzkosten bringt die Pflegefinanzierung. Die Gemeinden und Städte können ihre Kosten nicht weiter nach unten schieben und müssen die Politik von oben als Letzte im Umzug ausbaden.

Thomas Müller, Nationalrat, Stadtpresident, lic. iur., Rorschach (SG)

Videoüberwachung: So nicht

Würden Sie eine Überwachungskamera installieren und bei einem Schadenfall die Bilder gar nicht anschauen? Unser links-grün-dominiertes Stadtrat macht genau das! Ein Beispiel: Das spätbarocke Stadthaus wurde mit Farbbeuteln beworfen und verschmiert. Obwohl die Übeltäter mit grösster Wahrscheinlichkeit auf den Bildern zu erkennen gewesen wären, verzichteten die Behörden mit einer fadenscheinigen Ausrede auf eine Auswertung des Videomaterials.

Wir von der SVP kämpfen im Stadtparlament allein auf weiter Flur für die Auswertung der Bilder. Solange Täter keinerlei Konsequenzen zu befürchten haben, kann die erhoffte präventive Wirkung kaum erreicht werden.

Daniel Preisig, Grossstadtrat, Uhrmacher, Ingenieur Mikrotechnik, Schaffhausen (SH)

Raumplanungsgesetz ablehnen – Chance nutzen!

Die Drei-Seen-Region zwischen Murten-, Neuenburger- und Bielersee wäre ganz besonders schlumm von den Auswirkungen des neuen Raumplanungsgesetzes betroffen.

Es tritt das Prinzip des Föderalismus mit Füssen. Wir dürfen es nicht akzeptieren, dass die Kantone, Städte und Gemeinden in ihren raumplanerischen Kompetenzen dermassen beschnitten werden. Vielmehr ist klar, dass wir zum Beispiel in der Stadt Murten selber am besten die Bedürfnisse, die Nachfrage und die regionalen Besonderheiten kennen und nicht Bundesbern.

Ich hoffe, dass die schweizerische Bevölkerung am 3. März 2013 klar NEIN sagen wird zum revidierten Raumplanungsgesetz.

Gilberte Demont, Generalrätin, Murten (FR)

Linke Sicherheitspolitik gescheitert

Die schweizerischen Städte drohen unter der stetig zunehmenden Kriminalität langsam, aber sicher zu ersticken. Es ist nun an der Zeit, mit den ethischen Träumereien, der Sozialromantik und dem Pseudohumanismus der Linken aufzuräumen.

Indem sie sich weigern, die bestehenden Rechtsmittel vollumfänglich anzuwenden und auszuschöpfen, sind unsere linken Richter an den Defiziten bezüglich Sicherheit und Lebensqualität, welche sich in unseren Städten immer stärker akzentuieren, mitschuldig.

Die linke Sicherheitspolitik ist gescheitert. Nun gilt es, endlich vom Täterschutz wegzukommen und sich stattdessen den Opfern zuzuwenden.

Claude-Alain Voiblet, Stadtratspräsident von Lausanne 2011–2012, Grossrat, Lausanne (VD)

Dem Schweizer Werkplatz eine Chance geben

Der Unternehmer Hansruedi Wandfluh setzt auf typisch schweizerische Tugenden wie Qualität und Flexibilität. Auch in der Politik engagiert sich der Berner Nationalrat, während zweier Jahre unter anderem als Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, für den Werkplatz Schweiz.



Einweihung Erweiterungsbau Wandfluh England im Oktober 2012. Das Bild zeigt die Angestellten von Wandfluh England beim Durchschritt des Bandes. Im Vordergrund Trevor Allen, Geschäftsführer Wandfluh UK und Hansruedi Wandfluh, Chef der Wandfluh Holding AG.

Der diplomierte Maschineningenieur ETH ist in einem unternehmerischen Umfeld aufgewachsen. Bevor er 1983 die Verantwortung für den aufstrebenden Familienbetrieb übernahm, sammelte er im Ausland als Assistent am betriebswissenschaftlichen Institut der ETH und als Direktionsassistent im eigenen Unternehmen Erfahrungen.

Heute ist der 60-jährige CEO und Delegierter des Verwaltungsrates der internationalen tätigen Firmengruppe, die hochwertige hydraulische Ventile und die dazugehörige Elektronik entwickelt, baut und vertreibt. Die Ventiltchnik aus dem Berner Oberland kommt überall dort zum Einsatz, wo es Kraft braucht, zum Beispiel für die Verstellung von Rotorblättern von Windkraftturbinen, in Unterwasser-Robotern oder in Werkzeugmaschinen.

Der Qualität verpflichtet

Wandfluh kümmerte sich in den vergangenen 30 Jahren um den Aufbau internationaler Tochtergesellschaften. Das habe sich bewährt, so Wandfluh, und die Zahl der Beschäftigten hat sich seither auf rund 400 verdreifacht. Jüngster geplanter Meilenstein ist ein Neubau für die Niederlassung in China. Dort wird die Firma Wandfluh Produkte für die lokalen Märkte produzieren und montieren. Die unterschiedliche Entwicklung der Absatzmärkte verlange allerdings viel Durchhaltewillen und beständige Innovation in den Produkten wie in den Abläufen, betont Hansruedi Wandfluh.

«Wir sind vor allem der Qualität verpflichtet», erklärt der Unternehmer. «Die typischen schweizerischen Tugenden versuchen wir so gut wie möglich zu leben. Flexibilität und das Eingehen

auf die Kundenwünsche geben uns unsere Daseinsberechtigung.» – «Wir tun das, was die anderen nicht tun», weiss der CEO aus eigener Markterfahrung.

Fertigung automatisieren

Auch auf der Produktionsebene seien Schweizer Industriebetriebe herausgefordert. Es gelte, mit guten Maschinen Produkte weitgehend automatisiert zu fertigen, betont Hansruedi Wandfluh. «Da, wo die Personalkosten der grosse Faktor sind, können wir nicht mehr konkurrenzfähig sein.» Die Schweiz habe aber eine Chance, wenn sie auf Spezialitäten oder auf die hochwertige, automatisierte Massenfertigung setze. Das hätten etwa die Uhrenindustrie

und andere Branchen bewiesen. Genauso wie in seiner unternehmerischen Aufgabe setzt sich Hansruedi Wandfluh auf politischer Ebene für gute Rahmenbedingungen ein. 1999 in den Nationalrat gewählt, erhielt er bald die Gelegenheit, in der bedeutenden Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) mitzuarbeiten und dabei die Stimme des Werkplatzes Schweiz zu vertreten. Von 2009 bis 2011 präsidierte er diese Kommission.

Für flexiblen Arbeitsmarkt

Die Politik habe die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, heute insbesondere für den Werkplatz, zu verbessern, zum Beispiel durch Frei-

handelsabkommen für Industrierüter, so Wandfluh. «Vor allem aber muss die Politik den Erhalt eines flexiblen Arbeitsmarktes sicherstellen.» Die Kosten dürften nicht weiter steigen, die Regulierung nicht zunehmen. Hier müsse man als Politiker immer wachsam sein, so der langjährige Nationalrat.

Der damalige Entscheid, sich für ein parlamentarischeres Amt zu engagieren, ist ihm nicht schwergefallen. «Ich habe mich schon immer für Politik interessiert und mir war klar, dass auch ein Unternehmen von den Rahmenbedingungen, von Auflagen und Vorschriften abhängig ist.» Er sei sich auch bewusst gewesen, dass es mehr Unternehmer im Parlament brauche.

Von der mechanischen Werkstätte zum mittelständischen Konzern



Hansruedi Wandfluh, Geschäftsführer Wandfluh AG, in der Montagehalle.

Die Ursprünge der Wandfluh AG reichen zurück ins Jahr 1946, als Ruedi Wandfluh in Frutigen im Berner Oberland eine kleine mechanische Werkstätte gründet. Mit zwei Angestellten erledigt er allgemeine mechanische Reparaturarbeiten. Als der Firmengründer 1954 stirbt, beschliesst dessen Witwe Gertrud Wandfluh, das Unternehmen weiterzuführen. 1960 entscheidet sie, die Firma auf die Entwicklung, Produktion und den Verkauf von Hydraulikventilen auszurichten. Dieser Entscheid ist für die Zukunft bestimmend.

1967 wird die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und ab 1971 wird Ermet Püsch als Geschäftsführer eingesetzt. 1983 übernimmt der Sohn des Firmengründers, Hansruedi Wandfluh, die Geschäftsleitung. Der Mitarbeiterbestand liegt bei 127 Personen. 1985 wird eine Holding als Dach für die fortschreitende Internationalisierung geschaffen. Nach Standorten in den USA und in Deutschland folgt die Gründung einer Tochterfirma in Grossbritannien, später auch in Frankreich.

2005 macht die Wandfluh-Gruppe den Schritt nach China. Der mittelständische Familienkonzern beschäftigt heute rund 400 Mitarbeitende. Das Unternehmen entwickelt und produziert hochwertige hydraulische Steuer- und Regelgeräte sowie digitale Verstärker- und Regelelektroniken für den Einsatz auf der ganzen Welt. Das Spektrum reicht dabei von Industrieanwendungen über den Fahrzeugbau und die Energiebranche bis zur Marine.

Unternehmer haben das Wort



Franz Grütter ist CEO von green.ch und Verwaltungsratspräsident der Green Gruppe mit 120 Mitarbeitern. Er ist Kantonspräsident der SVP Luzern und wohnt in Eich (LU).

Namhafte Unternehmen aus der Schweiz und der ganzen Welt vertrauen ihre Daten und Informationssysteme der Green Gruppe an. Dadurch schaffen sie hierzulande Dutzende von neuen Arbeitsplätzen für hochqualifizierte Fachkräfte.

Dass sie sich für unser Unternehmen entscheiden, hat sicher mit unserem hochmodernen Rechencenter zu tun. Es liegt aber auch am Umfeld, das sie in der Schweiz vorfinden: stabile politische Verhältnisse, eine hervorragende und bezahlbare Energieinfrastruktur, gut ausgebildete und zuverlässige Arbeitskräfte sowie attraktive steuerliche Rahmenbedingungen. Insbesondere gilt es, der flexiblen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse Sorge zu tragen.

Zu diesen urschweizerischen Kernwerten müssen wir Sorge tragen. Sie sind Garant für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes und seiner Unternehmen. Die Schweiz hebt sich dadurch klar von europäischen Umfeld ab.



Nationalrätin Sylvia Flückiger-Bäni ist Mitinhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung Flückiger Holz AG, Hobelwerk und Holzhandel Schöffland, mit Zweigbetrieb in Altwil. Sie wohnt in Schöffland (AG).

Seit über 20 Jahren führen wir unseren Holzhandelsbetrieb als Patrons. Unser Ziel ist es, gute Produkte zu liefern, einen angemessenen Gewinn zu erzielen, in neue Maschinen und Produkte zu investieren und dafür zu sorgen, dass wir die Arbeitsplätze erhalten können.

Die Gewerbefreiheit ist dabei zentral. Wir wollen Holz verkaufen, Qualitätsware produzieren und nicht wertvolle Arbeitsstunden ohne jegliche Entschädigung für staatliche Vorschriften aufwenden. Leider steht heutzutage durch linke Diffamierung die unternehmerische Leistung unter Generalverdacht. Gewinn zu erzielen, wird moralisch in Frage gestellt. Dabei nehmen gerade wir die soziale Verantwortung wahr, weil wir Arbeits- und Ausbildungsplätze anbieten und nicht jene, die das Geld anderer umverteilen. Wir sind täglich bereit, mehr zu leisten, zum Wohle aller. Dabei steht die unternehmerische Freiheit an oberster Stelle. Wir müssen sie immer wieder verteidigen.



Nationalrat Jean-François Rime ist Unternehmer und Patron einer Grosssägeerei. Er ist Präsident des Verbands Holzindustrie Schweiz und seit Mai 2012 Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv). Er wohnt in Bulle (FR).

Im Rahmen meiner beruflichen und politischen Tätigkeit habe ich mich stets für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) eingesetzt. Schliesslich bilden diese 300'000 Unternehmen das Rückgrat der schweizerischen Volkswirtschaft. Sie bieten auch ausserhalb der grossen urbanen Ballungszentren Arbeitsplätze an. Zudem spielen sie eine zentrale Rolle bei der Ausbildung, indem sie die grosse Mehrheit der Lehrstellen zur Verfügung stellen.

Den KMU hilft man am besten, indem die Bürokratie und die administrativen Auflagen, zum Beispiel im Umwelt- und Raumplanungsbereich, endlich wirksam abgebaut werden. Steuererhöhungen müssen ebenso kategorisch bekämpft werden wie die stets steigende Last durch Gebühren und Abgaben, welche unserer Wettbewerbsfähigkeit abträglich sind. Schliesslich müssen wir uns für den Erhalt und den Ausbau des liberalen und flexiblen schweizerischen Arbeitsmarktes einsetzen.



Der auf Ende Jahr aus dem Nationalrat austretende Peter Spuhler, hier im Führerstand eines Zuges in den Werkhallen seiner Stadler Bussnang AG in Bussnang, Thurgau.

Peter Spuhler bleibt der SVP erhalten

Peter Spuhler ist Vollblutunternehmer und hat die SVP in den letzten 13 Jahren engagiert im Nationalrat vertreten. Der Kampf für die persönliche und unternehmerische Freiheit, für eine moderate Steuerbelastung und einen konkurrenzfähigen Werkplatz Schweiz machten ihn zu einer prägenden Persönlichkeit auf dem politischen Parkett. Zudem war er einer der wenigen Unternehmer, die ihre grosse Erfahrung in die Bundespolitik einbrachten. 1989 hat er die kleine Stadler Fahrzeuge AG übernommen und machte sie zu einer international erfolgreichen Unternehmensgruppe im Bahnbereich mit 4'500 Angestellten. Peter Spuhler bleibt der SVP auch nach seinem unternehmerisch bedingten Rückzug aus der aktiven Politik erhalten und gibt jungen Unternehmern einen Rat mit auf den Weg: «Unbedingt in die Politik einsteigen.»

7'000 Polizisten für Angela Merkel

Der Euro ist gescheitert. Schengen/Dublin bringt weder mehr Sicherheit noch weniger Asylbewerber. Noch nie war die EU so zerstritten wie heute.

Hier kann etwas nicht stimmen: Im Oktober besuchte die deutsche Bundeskanzlerin Athen. Noch nie in der Geschichte Griechenlands mussten für einen Staatsgast solche Sicherheitsmassnahmen getroffen werden. 7'000 Polizisten waren im Einsatz. Der Weg vom Flughafen bis ins Zentrum musste komplett abgesperrt werden. In der Innenstadt gab es Demonstrationen und Randalen. Angela Merkel und Deutschland wurden mit Nazi-Schmähen eingedeckt. Drei Tage später wird der EU der Friedensnobelpreis verliehen... Selbst EU-Anhänger glaubten zuerst an einen Aprilscherz.

Man muss die Europäische Union nicht schlecht reden. Niemand hat etwas gegen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der Abbau von Zollschranken ist zu begrüssen. Eine Freihandelszone für Europa würden alle bürgerlichen Parteien unterstützen. Das gilt auch für eine massvolle Personenfreizügigkeit. Nur gehen die heutige Struktur und die Machtfülle der EU weit darüber hinaus, was am Anfang der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit stand. Mit dem Vertrag von Maastricht (1993) wurden die Weichen gestellt Richtung Vereinigte Staaten von Europa. Ein Projekt, das scheitern muss. Die gefährliche Bruchlandung mit dem Euro sollte Warnung genug sein.



Die EU ein Projekt des Friedens? – Mitnichten! Die EU-Finanzkrise führt in vielen EU-Ländern zu schwersten Ausschreitungen. (Foto: Keystone)

Nationalrat Ernst Mühleman (FDP): «Wer in diesem Jahr an der Weltausstellung in Sevilla oder an der Olympiade in Barcelona Spanien erlebt hat, weiss, dass dort ein neuer Elan entstanden ist, der dieses Land in kurzer Zeit in den dritten Rang der wirtschaftlichen Stärke Europas führen wird.»

In Spanien beträgt heute die Arbeitslosenquote 25,1%. So hoch wie in keinem anderen Land der Eurozone. Bei den jungen Menschen (bis 25 Jahren) sind sogar 52,9% ohne Stelle. Faktisch ist das Land bankrott.

Warum steckt der Euro in der Krise?

Ob Maastricht-Vertrag, Personenfreizügigkeit, Schengen-Abkommen, Osterweiterung oder EU-Verfassung: Brüssel hat die Bürgerinnen und Bürger immer wieder von den wichtigsten Entscheidungen weitgehend ausgeschlossen.

Auch der Euro wurde von oben verordnet und 2002 definitiv eingeführt. Die Einheitswährung sollte den Einheitsstaat vorwegnehmen. Noch 1999 schreibt der Bundesrat in seinem Integrationsbericht: Für den Beitritt zur Europäischen Union spreche überdies, «dass mit der Übernahme der Einheitswährung Euro [...] das Risiko von schädlichen Spekulationen auf den Schweizer Franken dahinfallen würde». Heute steht die Euro-Zone vor dem Zerfall.

Die Finanzmärkte legen nun offen, was schon im Kern falsch angelegt war. Man kann nicht so unterschiedliche

Volkswirtschaften wie das Kleinstfürstentum Luxemburg, den Industriegiganten Deutschland und Larifari-Staaten wie Italien oder Griechenland unter eine Währung zwingen. Der Euro ist ein politisches Projekt – und dieses Projekt ist gescheitert.

Was hat uns Schengen/Dublin gebracht?

Vor ein paar Wochen wurde bekannt: Das Schengen-Abkommen kostet uns 14 Mal (!) mehr, als der Bundesrat versprochen hat. Im Abstimmungsbüchlein war noch von «durchschnittlich 7,4 Millionen Franken pro Jahr» die Rede. Tatsächlich wird uns Schengen/Dublin 2013 über 100 Millionen Franken kosten.

Man könnte über die höheren Kosten diskutieren, wenn wenigstens der Zweck von Schengen/Dublin erfüllt würde: mehr Sicherheit für die Bürger und ein strafferes Asylwesen. Nach vier Jahren Erfahrung kann man sagen: Schengen/Dublin ist als Sicherheitsunion gescheitert, wie der Euro gescheitert ist als Währungsunion.

- Die offenen Grenzen haben Europa und speziell die Schweiz nicht sicherer gemacht.
- Die Bewachung der Schengen-Ausgangspunkte funktioniert nicht: Italien und Griechenland sind die grossen Einfallstore der illegalen Zuwanderung.
- Die EU zwingt uns ihre Visumpolitik auf. Die Aufhebung der Visumpflicht für Balkanstaaten führte dazu, dass jedes Jahr Hunderte Roma einreisen, um in der Schweiz ein aussichtsloses Asylgesuch zu stellen und sich sehr oft anderweitig Geld zu beschaffen.
- Die Rückübernahme von Asylbewerbern vor allem nach Italien funktioniert nicht. Das zeigt nur schon der Vergleich der Asylgesuchsquoten: Pro 10'000 Einwohner werden in der Schweiz 28,5 Asylgesuche gestellt (2011). In Italien sind es nur 4,6 Gesuche. Wir haben sechs Mal mehr Asylgesuche pro Kopf – obwohl die meisten Asylbewerber über Italien zu uns kommen.

Fazit: Schengen/Dublin hat uns weder mehr Sicherheit noch weniger Asylbewerber gebracht.

Peter Keller, Nationalrat, Journalist, Hergiswil (NW)

Nächste EU/EWR-Abstimmung vor der Tür

Es war ein Donnerschlag: Bei einer Rekordstimmeteiligung von 78,7% zeigten 50,3% der Stimmenden und zwei Drittel der Kantone dem Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) die kalte Schulter. So entschied sich am 6. Dezember 1992 die Schweiz überraschend für die Eigenständigkeit der Schweiz und gegen die Einbindung in die Europäische Union!

Darum ist unser Land nicht Mitglied der Europäischen Union. Der Segen dieses weisen Entscheides ist heute greifbar: Freiheit und Wohlfahrt haben sich in der Schweiz besser entwickelt als in der EU. Es herrscht praktisch Vollbeschäftigung, und zusätzlich strömen seither Hunderttausende von Europäern in die Schweiz, weil sie hier Arbeit und bessere Lebensbedingungen finden.

Erstaunliches Abstimmungsergebnis

Der Entscheid des Schweizervolks ist umso erstaunlicher, als die damalige Abstimmung in einer wirtschaftlichen Rezession stattfand. Für diesen «schicksalhaften» Vertrag stand alles, was Rang und Namen hatte – die ganze Klasse politique –, geschlossen ein. Die Befürworter prophezeiten: Ohne Zustimmung sei die Schweiz verloren! Ungeachtet solcher Angstmacherei stimmten das Schweizervolk und die Stände für die schweizerische Eigenständigkeit, für Freiheit und Unabhängigkeit.

Sonderfall Schweiz

Während über 700 Jahren hat sich die Schweiz organisch weiterentwickelt. In kleinen Schritten hat sie sich immer wieder den Erfordernissen der Umwelt angepasst. Dieser eigenständige Weg war und ist für die Schweiz nicht nur von grosser Bedeutung, sondern überlebenswichtig.

Fehlkonstruktion EU

Anderserseits ist die EU in allergrösste Schwierigkeiten geraten: Arbeitslosigkeit und gigantische Verschuldung sind die Folgen. Nicht nur Firmen, sondern ganze Staaten müssen vor dem Bankrott mit horrenden Beträgen gerettet werden, mitunter auch durch die Schweiz – mit namhaften Beiträgen!

Vom Kolonialvertrag...

Der EWR-Vertrag hätte die Schweiz verpflichtet, etwa 80 % der EG-Gesetze zu übernehmen (die Europäische Union hiess damals noch Europäische Gemeinschaft). Die Schweiz hätte Gesetze, welche die Europäische Gemeinschaft erlassen hatte und in Zukunft erlassen hätte, gezwungenermassen übernehmen müssen. Dieses zwangsweise von der EU vorgegebene Recht hätten die Schweizer nicht mehr ändern oder anpassen können. Gültig



Kraftvolle Demonstration «Nein zu einem EU-Beitritt» am 23. September 1995 in Zürich.



«Um den schleichenden EU-Beitritt zu unterbinden, muss gegen alle Verträge mit sogenannten institutionellen Bindungen das Referendum ergriffen werden, um sie dann an der Urne abzulehnen. Schweizervolk, erwache!»

wäre gewesen: EU-Recht bricht Schweizer Recht. Eine fremde Macht – hier eben die EU – hätte bestimmt, was in der Schweiz gilt. Das ist das Wesen eines Kolonialvertrages.

...zum EU-Beitritt

Aber nicht genug: Wie alle EWR-Staaten erkannte auch der Bundesrat, dass ein solcher Kolonialvertrag unhaltbar ist. Der EWR war denn auch nur als erste Etappe zum Beitritt der Schweiz in die EU gedacht, was

schon in früheren Jahren mit der EU bilaterale Verträge ab. Nicht alle dienen dem Wohl der Schweiz. Doch die EU verlangt von der Schweiz immer mehr und mehr! Der Appetit kommt mit dem Essen.

Neid und Begehrlichkeiten

Die misslichen Verhältnisse der EU-Staaten einerseits und die bessere Situation der Schweiz andererseits führen zu Neid und Begehrlichkeiten. Die EU übt Druck aus. So wie es jeder tut, der vom andern etwas will. Unser Land soll sich in Zukunft bei jedem Vertrag verpflichten, nicht nur das bestehende, sondern auch das künftige EU-Recht und die europäische Rechtsprechung zu übernehmen. Die EU will wie beim EWR erneut einen Kolonialvertrag. Man redet von institutionellen Bindungen und EU-Gerichtbarkeit.



Einer gegen alle – am Ende stimmten 50,3% der Bevölkerung gegen einen EWR-Beitritt.



Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität – Die Publikation mit dem Titel: «EWR – Der falsche Weg für die Schweiz» wurde zu einer der meistgelesenen politischen Publikationen.

Die Schweiz als Kolonie der EU?

Wehrt sich unsere Regierung entschieden dagegen? Die Zeichen sind leider nicht ermutigend. So schrieb die Bundespräsidentin am 15. Juni 2012 der Europäischen Union einen – zunächst geheim gehaltenen – unterwürfigen Brief, in dem sie eine «Art EWR-Vertrag» und schliesslich einen EU-Beitritt – unter Verweis auf das EU-Beitrittsgesuch – verspricht. (Dieser Brief ist abrufbar in französischer Sprache und in deutscher (inoffizieller) Übersetzung unter www.europa.admin.ch/themen.) Also sollen alle künftigen bilateralen Verträge zu Kolonialverträgen werden, bis die Schweiz faktisch in der EU ist!

Damit steht die Schweiz vor einer ähnlich gefährlichen Situation wie

schon 1992: Unter einem «harmlosen» bilateralen Vertrag – sicher wird er einen schönen Decknamen erhalten, wie zum Beispiel «Stromvertrag», «Energievertrag», «Dienstleistungsvertrag», «Rahmenvertrag» usw. – sollen bestehendes und künftiges EU-Recht sowie fremde Richter akzeptiert werden. Wie damals sind auch diese Verträge wieder im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EU zum Ziel hat.

Zerstörung des schweizerischen Wohlstandes

Diese EU-Strategie des Bundesrates ist verhängnisvoll und verhindert eine auf unser Land zugeschnittene, bewährte Wirtschaftspolitik und fördert damit den Zerfall des schweizerischen Wohlstandes.

- Die bundesrätliche Europastrategie brächte uns Schweizern:
- noch mehr Gesetze (und erst noch von anderen erlassen)
 - noch mehr Funktionen
 - noch mehr Bürokratie
 - weniger Freiheit
 - höhere Ausgaben
 - höhere Schulden
 - höhere Steuern
 - höhere Abgaben und Gebühren
 - tiefere Löhne
 - kleinere Einkommen
 - mehr Arbeitslose
 - Verlust des Schweizer Franks
 - höhere Hypothekenzinsen
 - teurere Wohnungen
- kurz: den Niedergang des schweizerischen Wohlstandes.

Wie können wir uns wehren?

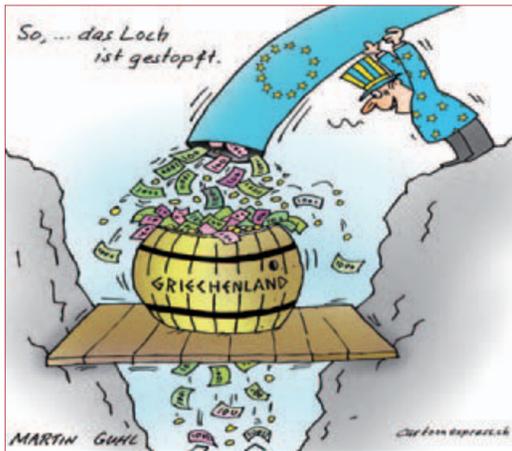
Verhindern können dies nur noch die Betroffenen selbst – die Schweizer Bürgerinnen und Bürger – an der Urne. Weil die Klasse politique leider auch diesmal gegen das Wohl der Schweiz entscheiden wird, müssen die Bürger erneut – wie vor 20 Jahren – ein Bekenntnis zur erfolgreichen traditionellen Eigenständigkeit ablegen und so den erneut angestrebten Beitritt in die Europäische Union verhindern. Das heisst: Um diesen schleichenden EU-Beitritt zu unterbinden, muss gegen alle Verträge mit sogenannten institutionellen Bindungen das Referendum ergriffen werden, um sie dann an der Urne abzulehnen. Schweizervolk, erwache!

Christoph Blocher, Nationalrat, a. Bundesrat, Unternehmer, Herblitz (ZH)

Auf www.teleblocher.ch nimmt a. Bundesrat und Nationalrat Christoph Blocher im Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret, Journalist, wöchentlich Stellung zu aktuellen politischen Fragen in unserem Land.

EU im Überblick

- 1950 «Schuman-Erklärung» (Grundstein Europäische Gemeinschaft für Kohle- und Stahl und für EU).
 - 1952 Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS); Pariser Vertrag, unterzeichnet von Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Italien.
 - 1958 Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM); Römische Verträge.
 - 1958 Gründung des Europäischen Gerichtshof (EuGH).
 - 1962 Einführung Gemeinsame Agrarpolitik (GAP).
 - 1967 Fusion der Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Gemeinschaft (EG).
 - 1972–1986 Beitritte von Dänemark, Grossbritannien, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal.
 - 1987 Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) tritt in Kraft. Diese sieht die schrittweise Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes bis Ende 1992 vor.
 - 1993 Vertrag von Maastricht tritt in Kraft, womit die Europäische Union (EU) geschaffen wird. Die Schwerpunkte sind gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP), die gemeinsame Bekämpfung der internationalen Kriminalität sowie die Schaffung einer Unionsbürgerschaft.
 - 1995 Erweiterung der EU auf 15 Staaten durch den Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland.
 - 1995 Das Schengener Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, der Niederlande, Luxemburg, Portugal und Spanien tritt in Kraft. Später treten weitere Staaten bei.
 - 1998 Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt.
 - 1999 Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft, was zu einer weiteren verstärkten Zusammenarbeit in folgenden Bereichen führt: Beschäftigungspolitik, Justiz/Inneres, Vertiefung der GASP.
 - 1999 Wirtschafts- und Währungsunion tritt in Kraft. Der Euro wird als Buchgeld eingeführt.
 - 2002 Euro-Einführung in 12 der 15 EU-Länder (in allen ausser Dänemark, Schweden, Grossbritannien).
 - 2002 EU-Konvent zur Zukunft Europas, Beginn der Arbeit am Entwurf einer EU-Verfassung.
 - 2003 Vertrag von Nizza tritt in Kraft, der den Entwurf einer europäischen Grundrechtscharta enthält.
 - 2004 Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Ungarn und Zypern treten der EU bei.
 - 2005 Referenden in Frankreich und den Niederlanden führen zur Ablehnung des Vertrages über eine Europäische Verfassung durch das Volk.
 - 2007 Bulgarien und Rumänien treten der EU bei, diese wird zur EU27.
 - 2007 Der Vertrag von Lissabon wird von den Staats- und Regierungschefs der Union unterzeichnet. Er ersetzt den abgelehnten Verfassungsvertrag aus dem Jahre 2005 und tritt 2009 in Kraft.
 - 1. Juli 2013 Beitritt von Kroatien.
- Weitere Beitrittskandidaten:** Island, Montenegro, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Türkei.



Peter Keller, Nationalrat, Journalist, Hergiswil (NW)



Europa, Unabhängigkeit und Freiheit – Von der FDP zur SVP!

Im Jahr 1991, als unser Land den 700. Geburtstag feiern durfte, wurde ich vom Aargauer Volk erstmals in den Nationalrat gewählt. Damals gehörte ich noch der FDP an, die sich als bürgerliche und liberale Partei positionierte. Die Europa-Frage wurde jedoch zum entscheidenden Wendepunkt. Ein EU-Beitritt oder ein faktischer Anschluss an die EU sind nicht vereinbar mit den Grundwerten unseres Landes, mit Unabhängigkeit, direkter Demokratie und Neutralität. Für mich sind

diese Grundwerte zentral. Deshalb konnte ich auch nur in einer Partei zuhause sein, welche diese Positionen konsequent vertritt. In der SVP fand ich diese Heimat, und seit elf Jahren kann ich mich nun mit voller Kraft für meine Überzeugungen und damit für unser Land einsetzen. Heute erlebe ich im politischen Alltag täglich, dass es noch viel mehr SVP braucht.

Luigi Stamm, Nationalrat, Vizepräsident SVP Schweiz, Rechtsanwalt, Baden (AG)

EU: Zum Glück sind wir nicht dabei!



Plattleger der Unternehmung von Claude Bovey an der Arbeit.

Als Chef eines KMU-Betriebs im Bereich Bodenbeläge, welcher heute 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, schätze ich den glücklichen Umstand, nicht Teil des europäischen Basars zu sein. Die Schwierigkeiten der Europäischen Union, Länder mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen zu harmonisieren, treten immer deutlicher zutage.

Im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit als Bodenleger hatten wir in der Romandie stets viel Arbeit, gerade weil wir der Qualität so hohe Bedeutung zumessen. Der Umstand, nicht der EU anzugehören, hat uns dabei noch nie Probleme bereitet, im Gegenteil.

Ein kleines Land wie die Schweiz, gewissenhaft und arbeitsam, muss auch in Zukunft seine Freiheit, seine Identität und seine Unabhängigkeit verteidigen! Ebenso gilt es den schweizerischen Föderalismus zu erhalten, welcher sich bislang stets bewährt hat. Auf gar keinen Fall dürfen wir uns in den Abwärtsstrudel der europäischen Technokraten ziehen lassen. Es lebe die neutrale und unabhängige Schweiz!

Claude Bovey, selbstständiger Unternehmer seit 25 Jahren, Ogens (VD)

Meine politischen Erwartungen an die Schweiz: +



Lara Filippini, Grossrätin SVP, Binico (TI)

«Ich erwarte, dass die Schweiz weiterhin neutral, frei und unabhängig bleibt. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen von der grossen Klappe der EU, die wie die Titanic am Untergehen ist.»

Gastkommentar

Die Schweiz als Fels in der Eurokrise

Populistische Krisendiagnosen sind gefährlich, weil sie die Politik oft zu vorschnellen, wirkungslosen oder sogar kontraproduktiven Staatseingriffen verleiten. Fakt ist, dass man sich in den Jahren vor 2007 – angefangen bei der US-Notenbank (FED) – fatalerweise darangemacht hat, den Zins gegen die Marktkräfte praktisch «abzuschaffen». Damit hat man unzählige Menschen, Finanzinstitute und staatliche Gemeinwesen in den USA wie in Europa dazu gebracht, über ihre Verhältnisse zu leben.

Was zurückblieb, waren bis heute weltweit unermessliche Schuldenberge. Die Spielräume für Forschungs-, Bildungs-, Infrastruktur- und soziale Wohlfahrtsförderung mussten, vor allem im EU-Raum, mehr und mehr dem Schuldenstopp und dem Kampf gegen Armut bzw. soziale Unrast Platz machen. Also hatten im Grunde und ursprünglich nur Kapitalismus, sondern am Anfang vorwiegend Politik und Staat, d.h. deren Geld-, Finanz-, Konjunktur- und Bankaufsichtspolitik, versagt.

Das Europrojekt am Abgrund

Dass die Finanz- und Konjunkturkrise 2008/09 den Euroraum am schwersten und nachhaltigsten treffen musste, entspricht nur ökonomischer Logik: Als nicht-optimaler Währungsraum hat die Euro-Zone unter ökonomischen Schönwetterbedingungen zwar noch recht gut

funktioniert. In der Krise jedoch musste sie scheitern. Genauer: Sie wäre schon längst (zumindest in Teilen) auseinandergebrochen, wenn sie nicht mit dem Morphium einer von Brüssel organisierten und durch die Europäische Zentralbank (EZB) produzierte Liquiditätsschwemme künstlich am Leben erhalten worden wäre.

Kampf gegen Staatsbankrott

Gleichzeitig kam es mehr und mehr zu einem Nord-Süd-Auseinanderdriften: Hier die wirtschaftlich schwer gebeutelten Mittelmeeranrainer unter Führung eines (ebenfalls schwächelnden) Frankreichs. Reformen wie radikale Arbeitsmarktflexibilisierungen, Bildungsoffensiven (insbesondere in Richtung duale Berufsbildung), Kartelltrümpelung auf privaten Märkten, eine effektive Liberalisierung mächtiger Staatsanbieter, Korruptions-

bekämpfung sowie eine standortfördernde Innovationsbeschleunigung vor allem in Südeuropa wären notwendig. Diese Art Wachstumspolitik ist diametral etwas anderes als das, was Hollande bzw. Paris unter «Wachstum» verstehen. Denn sie postulieren unter diesem Titel populistische Umverteilungs- und kurzatmige Stimulierungsmassnahmen wie etwa (kaum finanzierbare) Lohn- und Rentenerhöhungen, eine Reichenbesteuerung, Arbeitszeitverkürzungen, stigmatisierende Staatsstellen für Junge und anderes mehr.

Deutschland zahlt

Parallel zur EZB-Politik muss der EU-Rettungsschirm durch den Nord-Euroraum (d.h. vorweg von Deutschland) geschultert werden. Die institutionelle Entwicklung der EU führt damit schleppend, aber gradlinig in die Richtung

einer solidarischen Schulden- und Haftungsgemeinschaft und am Ende in eine wohl eher zentralistisch angelegte Fiskal-, Transfer- und Bankenunion. Wo diesbezüglich in den Geberländern die demokratiepolitischen Demarkationslinien gesetzt sind, hat sich im Zuge der diesjährigen Entscheide des deutschen Verfassungsgerichts mehr als deutlich abgezeichnet. Das (wirtschafts-)politische Konfliktpotenzial in Europa war jedenfalls seit Jahrzehnten nie so gross wie heute. Dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo die EU notabene in Oslo zum Friedensnobelpreisträger erkoren worden ist.

Oase Schweiz unter Eurodruck

Wir in der Schweiz mit unserer fast traumhaften volkswirtschaftlichen Leistung sind angesichts der Euro-Krise nicht nur zunehmend neidgesteuerten Fiskalattacken und protektionistischen



Franz Jaeger, Professor für Wirtschaftspolitik an der Executive School of Management, Technology and Law der Universität St.Gallen, HSG.

Marktzutrittsbeschränkungen ausgesetzt. Vielmehr sind wir – als magnetischer Standort attraktiv für Anleger, hochqualifizierte Erwerbspersonen, Unternehmen und Auslandskapital – sowohl siedlungs- und bevölkerungsmässig wie auch infrastrukturell und mit Blick auf unsere tertiäre Ausbildungssysteme zunehmend bedrohlichen Engpässen ausgesetzt.

Da eine politische und makroökonomische Einbindung der Schweiz in eine sich Richtung politische Union wandelnde Euro-Zone in immer weitere Ferne rückt, bleibt uns nur die Hoffnung, dass der Euroraum nachhaltige Wege aus seiner Schulden- und Strukturkrise findet. Für die Schweiz indes gilt es weiterhin, ihre aussen- und binnenwirtschaftliche universelle Öffnung fortzuentwickeln. Das jedoch unter strikter Wahrung ihrer geld-, währungs-, fiskal- und standortpolitischen Souveränität.

Schweizer Finanzmarktpolitik aus Sicht eines Bankunternehmers



«Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität und Marktwirtschaft sind die tragenden Säulen unserer Freiheit und unseres Wohlstands.»

Thomas Matter, Verwaltungsratspräsident und Mitinhaber der Neuen Helvetischen Bank, Inhaber der Matter Group AG und Mitglied der Parteileitung der Zürcher SVP.

Seit geraumer Zeit wird an den Fundamenten der Schweiz gerüttelt. Eine Demontage des Erfolgsmodells Schweiz ist in vollem Gang. Dies zeigt sich nicht zuletzt am Beispiel unseres Finanzplatzes, der nicht nur von aussen, sondern auch von innen heftig attackiert wird.

Härterer Wettbewerb der Finanzplätze

Was wir erleben, ist ein massiv verschärfter Wettbewerb unter Staaten und Finanzplätzen, bei dem die Schweiz als Angriffsfläche äusserst gelegen kommt. Allzu viele Länder haben über ihre Verhältnisse gelebt und ihre Staatskassen verantwortungslos geplündert. Jetzt richten sie ihre begehrenden Blicke dahin, wo sie glauben, noch etwas holen zu können. Und was tun wir? Statt unseren Finanzplatz entschieden zu verteidigen, brechen hierzulande die Politiker und leider allzu oft auch die Bankenvertreter reihenweise ein.

Vertrauen in Bankenplatz Schweiz geschwächt

Dabei bedeutet jede Preisgabe von Terrain den unwiederbringlichen Verlust unserer Stärken als Wirtschaftsstandort. Wenn unser Land so weiter politisiert, kann es längerfristig nur zu den Verlierern gehören. Der Schweizer Finanzplatz hat seinen ausländischen Kunden über Jahrzehnte versprochen, dass wir ein Bankkundengeheimnis und eine hohe Rechtssicherheit haben. Diese Versprechen brechen wir nun laufend – teils sogar rückwirkend, was sich langfristig verheerend auf das

Vertrauen in unser Land und dessen Finanzsektor auswirkt.

NEIN zu Schweizer Zusatzregulierungen

Das neue Modewort heisst «Weissgeldstrategie». Die Banken in der Schweiz sollen von den Kunden eine schriftliche Selbstdeklaration betreffend Steuern verlangen und im Zweifelsfall weitere Erklärungen treffen, etwa eine Steuererklärung oder eine Bestätigung vom Steueramt einfordern. Kein anderes Land auf der Welt verlangt dies von seinen Banken. Und niemand, auch nicht die OECD, fordert von der Schweiz eine solche Weissgeldstrategie. Sollte sie Realität werden, könnten international tätige Schweizer Banken im Ausland nach wie vor wachsen, nur der Schweizer Finanzplatz würde massiv schrumpfen. Mittelfristig könnte uns das zwischen 30'000 und 50'000 Arbeitsplätze sowie Steuereinnahmen in Milliardenhöhe kosten! Auch würden über ein Dutzend Milliarden Schweizer Franken an Wertschöpfung verloren gehen.

Arbeitsplätze und Wohnstand in der Schweiz sichert

Der Druck auf unseren Finanzplatz wird nachlassen, sobald die internationale Schuldenkrise überstanden ist. Deshalb sollten wir Widerstand gegen die Annassungen leisten. Dabei geht es nicht um den Schutz der Banken an sich, sondern um die fast 500'000 direkten und indirekten Arbeitsplätze, um rund 3'800 Lehrstellen und nicht zuletzt um hohe Steuereinnahmen für die immer höheren Staatsausgaben.

Immer mehr EU-Recht

Die Schweiz übernimmt fortlaufend EU-Recht. Das ist aus wirtschaftlichen Gründen zum Teil sinnvoll. Viele Vorschriften des EU-Rechts widersprechen jedoch unseren politischen Wertungen und unserer Rechtskultur. Gegen die Übernahme solcher Vorschriften sollten sich die freiheitlichen Kräfte im Land resoluter zur Wehr setzen. Zudem darf EU-Recht nicht automatisch und im Verborgenen übernommen werden.

Wie EU-Recht in die schweizerische Rechtsordnung eindringt

Der Einfluss erfolgt in erster Linie über bilaterale Verträge. Sie sind vom Parlament und zum Teil sogar vom Volk genehmigt worden. Die Vorstellung, bei diesen Verträgen hätten die Parteien eine für beide Seiten passende Regelung ausgehandelt, ist freilich eine Illusion. Es geht um eine einseitige Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz. Viele bilaterale Verträge können durch einen von der EU und der Schweiz eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss weiterentwickelt werden. Das ist zum Beispiel beim Schengen/Dublin-Abkommen der Fall. Im Ergebnis wird hier das Schweizer Recht laufend dem EU-Recht angepasst, mit Zustimmung in der Regel nur des Bundesrates.

Die Schweiz übernimmt auch ohne vertragliche Verpflichtung Vorschriften aus dem EU-Recht (sogenannter autonomer Nachvollzug). Zum Beispiel hat unser Gesetzgeber den Konsumentenschutz im Zusammenhang mit Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) ausgebaut und den Konsumentenschutzorganisationen ein Klagerecht eingeräumt, in Anlehnung an eine entsprechende Richtlinie der Europäischen Union.

Hat die Schweiz EU-Recht autonom nachvollzogen, legen unsere Gerichte dieses Recht «europarechtskonform» aus. Das heisst unter Umständen, dass sie Rechtsentwicklungen in der EU als für die Schweiz verbindlich ansehen, die nach der Übernahme eingetreten sind. So hat das Bundesgericht den Familiennachzug gemäss dem Personenfreizügigkeitsabkommen erweitert, weil der Europäische Gerichtshof das Abkommen entsprechend ausgelegt hatte.

Drei Grundsätze für die Übernahme von EU-Recht

Staaten haben einander von jeher «abgeschaut», wenn sie neue Gesetze erlassen haben. Die Übernahme von fremdem Recht muss jedoch wohlüberlegt sein. Was heisst das?

Erstens muss die Angleichung im Interesse der Schweiz liegen. Dabei sind Einheitlichkeit und Harmonisierung für sich allein keine Vorteile. Sinnvoll



Jedes Jahr wächst die EU-Gesetzesammlung um 20'000 Seiten.

ist die Übernahme von EU-Recht vor allem dann, wenn im Interesse unserer Volkswirtschaft mit der Rechtsangleichung der Handel erleichtert werden kann. Zum Beispiel sind in der Schweiz viele Hersteller und Verbraucher von Chemikalien ansässig; hier hat der Bundesrat zu Recht die entsprechende Verordnung dem EU-Recht angepasst.

Verfehlt ist es, wenn wir EU-Recht übernehmen, dem andere politische

«Die Schweiz ist wirtschaftlich eng mit der EU verflochten. Das hat zur Folge, dass unser Recht immer mehr vom EU-Recht beeinflusst wird.»

Wertungen zugrunde liegen als unserem Recht. Das gilt namentlich für weite Bereiche der Wirtschaftspolitik. Die EU will alle Konsumenten, Anleger und Arbeitnehmer an den Segnungen der Marktwirtschaft teilhaben lassen, gleichzeitig sollen sie aber durch Rechtsvorschriften vor den Widrigkeiten des Marktes geschützt werden. Ganz allgemein will die EU ihren Bürgern ein risikofreies Leben garantieren. Darum müssen Kinder vor den Gefahren des Spielens bewahrt werden, und es wird im Detail geregelt, was als Spielzeug gilt (für das strenge, detaillierte Vorschriften aufgestellt werden) und was nicht (warum eigentlich sind Spielzeugdampfmotoren kein Spielzeug?). Die EU will auch dafür sorgen, dass ihre Bürger ein gutes Leben fühle viele Hersteller und Verbraucher von Chemikalien ansässig; hier hat der Bundesrat zu Recht die entsprechende Verordnung dem EU-Recht angepasst.

Souveränität bei der Übernahme von EU-Recht

Die vorher genannten Grundsätze zeigen, was Souveränität bei der Übernahme von EU-Recht bedeutet: keine Übernahme, wenn das Recht der Europäischen Union nicht unseren Interessen und Politikzielen entspricht; Transparenz und Demokratie bei der Übernahme von EU-Recht; keine Übernahme des EU-Gesetzgebungsstils. Das tönt nach einem bescheidenen Programm. Diese Grundsätze sind in den letzten 20 Jahren jedoch wiederholt missachtet worden.

Hans-Ueli Vogt, Kantonsrat, Professor für Wirtschaftsrecht, Universität Zürich, Zürich

EU: Fakten und Zahlen



Thomas Aeschi, Nationalrat, Baar (ZG), EFTA/EU-Parlamentsdelegation, MPA von der Harvard University, John F. Kennedy School of Government, USA

Wussten Sie, dass

- der «Acquis Communautaire» 80'000 Seiten umfasst?
- die Übersetzung einer Seite EU-Papier im Durchschnitt EUR 165 kostet, und dass pro Jahr insgesamt 1,8 Millionen Seiten in 23 Sprachen übersetzt werden?
- für die EU-kompatible Herstellung eines «Nuggis» 91 Anforderungen auf 50 Seiten erfüllt werden müssen?
- Berlin erst nach Androhung einer Strafe eine Seilbahnverordnung erliess – dies obwohl Berlins grösster Berg gerade einmal 115 Meter hoch ist?
- der Europäische Rechnungshof noch nie in der Lage war, eine Rechnung ordnungsgemäss abzunehmen und die korrekte Verwendung der EU-Gelder durch die Länder zu bestätigen?
- in der EU die Mehrwertsteuer zwingend bei mind. 15%, in Ungarn aber bei 27% und in Schweden und Dänemark bei 25% liegt?
- in EU-Ländern ca. 80% der Gesetz direkt aus Brüssel kommen?

Mehr Beispiele finden Sie auf www.svp.ch, Artikel 2012, Thomas Aeschi

Die schädliche Finanzpolitik des Bundesrates

Die Finanzpolitik des Bundesrates besteht aktuell vor allem darin, die Ansprüche und Forderungen fremder Staaten zu erfüllen.

Mit seinen mehr als 200'000 Beschäftigten trägt der Finanzplatz Schweiz mit 10,3% zu unserem Bruttoinlandsprodukt bei. Als starker wirtschaftlicher Motor darf er keinesfalls isoliert betrachtet werden, weil er mit allen anderen Branchen verknüpft ist und insbesondere die Nachfrage nach Dienstleistungen steigert. Die Gehälter in diesem Sektor liegen über dem Schweizer Durchschnittseinkommen und tragen ebenfalls wesentlich zum allgemeinen Konsum von Gütern und Dienstleistungen bei. Nicht zu vergessen ist der steuerliche Aspekt, indem die Aktivitäten auf dem Finanzplatz rund 14% der Steuereinnahmen der Schweiz generieren.

Schäden bereits erkennbar

In Genf, wo die Finanzbranche einen Fünftel zur Wirtschaftskraft des Kantons beiträgt, haben viele Unternehmen bereits damit begonnen oder planen zumindest, Arbeitsplätze abzubauen. Einige Banken haben bereits Entlassungen vollzogen, etliche Unternehmen mittlerer Grösse verzichten auf Neueinstellungen. Zwischen



2010 und 2011 ist der Beitrag des Finanzsektors zum Bruttoinlandsprodukt des Kantons Genf um 0,8% zurückgegangen.

Es geht zulasten der Schweiz

Die mit dem Ausland getroffenen Vereinbarungen führen zu Veränderungen und einem Rückgang der Aktivitäten des Finanzplatzes. Vom Niedergang des Schweizer Finanzplatzes werden logischerweise andere Standorte wie Singapur profitieren, wohin auch ein Teil der hiesigen Beschäftigten verlagert wird.

Céline Amaudruz, Nationalrätin, Präsidentin der Genfer Kantonalpartei und Vermögensverwalterin, ist sehr engagiert.

Frage an den Finanzexperten Hans Kaufmann



«Mir macht die gegenwärtige Schuldenpolitik der EU und deren Folgen für die Schweiz Angst in Bezug auf meine Altersvorsorge und mein Erspartes. Bei der Bank erhalte ich kaum Zins, was soll ich tun mit meinen Fr. 50'000.– Erspartem?» (Bruno M., Bern)

Mit 50'000 Franken Kapital ist Vorsicht geboten. Die Tiefzinsphase dürfte aus konjunkturellen und währungspolitischen Gründen im In- und Ausland noch während einiger Zeit anhalten. Es ist leider so, dass die Notenbanken wegen der hohen Staatsverschuldung unter politischem Druck stehen und die Zinsen derart tief halten, dass in den meisten Ländern die Sparer einen Realverlust erleiden. Diese schlechende Entwicklung wird leider von der Politik mitgetragen. Es ist damit zu rechnen, dass in der Schweiz die Sparheftzinsen von heute 0,25% im nächsten Jahr sogar noch weiter reduziert werden. Auf Schweizerfranken-Anleihen inländischer Schuldner erhält man derzeit für Qualitätsschuldner nur noch Zinsen von 1% und weniger. Wer heute in langfristige Obligationen investiert, riskiert, dass er bei einem Zinsanstieg auf seinen Anlagen Geld verliert. Als Alternative für etwas risikofähigere Anleger, das heisst für solche mit höherem Sparkapital und wenn das Ersparte in den nächsten Jahren nicht kurzfristig gebraucht wird, könnten renditestärkere Schweizer Aktien bzw. spezielle Anlagefonds eine Option sein. Schweizer Aktien werfen eine Rendite von rund 3% und mehr ab. In der Schweiz liegt die Teuerung derzeit im Negativbereich, sodass selbst mit der geringen Rendite auf dem Sparkonto noch ein positiver Ertrag anfällt. Es dürfte sich lohnen, diese geringe Rendite zu akzeptieren, um allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt bei höheren Zinsen das Geld wieder anzulegen. Hans Kaufmann, ehem. Chefökonom der Bank Julius Bär, Nationalrat, Wettwil (ZH).

Unternehmerportrait: Vom Korn zum Brot

Als Unternehmer trägt der Aargauer SVP-Nationalrat Hansjörg Knecht Verantwortung und setzt sich für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ein. Die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten wurde dem 52-jährigen praktisch in die Wiege gelegt. Schon sein Grossvater und sein Vater waren engagierte Persönlichkeiten. Und so kam es, dass Hansjörg Knecht schon früh in der SVP mithalf, Plakate zu kleben und Basisarbeit zu leisten. Später legte er eine politische Bilderbuchkarriere hin. Der Weg führte vom Gemeinde- über den Grossrat bis zur Wahl in den Nationalrat im Herbst 2011.

«Die Faust im Sack zu machen, bringt nichts», begründet Hansjörg Knecht sein politisches Engagement. Er führt zusammen mit seinem Bruder bereits in vierter Generation den 1887 gegründeten Mühlebetrieb. Diese unternehmerische Tätigkeit hat auch eine tiefe Verbundenheit mit der Landwirtschaft und dem Gewerbe geschaffen.

Hansjörg Knecht ist der Scholle verbunden und weiss, was es braucht, bis das Korn zum Brot wird. In diesem Sinn will er als Unternehmer Verantwortung wahrnehmen, sich für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft einsetzen, insbesondere für massvolle Steuern. Darauf wirkte er unter anderem als Mitglied der kantonalen Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben hin. Auch der Schutz des Privateigentums ist ihm als Präsidenten des Hauseigentümerverbands Aargau ein Anliegen. Auf nationaler Ebene freut sich Hansjörg Knecht, in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) mitarbeiten zu dürfen. Einer seiner Schwerpunkte ist die Energiepolitik und deren Neuausrichtung. Dabei geht es für den Leibstadter nicht nur um regionale Anliegen wie um die Arbeitsplatzsicherheit am Kernkraftwerksstandort, sondern auch um die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Industrie.

Modern und heimatverbunden



Marc Ziltener ist ein junger Berufsmann und eng mit dem Glarnerland verbunden. Seit Frühjahr 2012 präsidiert er die Kantonalpartei und freut sich über die EU-kritische Haltung des Volkes.

«Wir sind heimatverbunden, lieben unser Land und wollen eigenständig bleiben.» Marc Ziltener macht aus seiner Gesinnung keinen Hehl. Der 31-jährige ist stolz auf seine ländliche Herkunft. Seine Mutter stammte aus Oberurnen im Kanton Glarus. Aufgewachsen ist der junge Politiker aber in der Schwyzer March.

Politisiert haben ihn seine Erfahrungen als Teenager in der Schule. Es gab auf dem Schulplatz echte Probleme mit aggressiven Ausländerkindern aus den Balkanstaaten. «Das war eine Situation, die meine Eltern so nicht kennen», weiss Ziltener. Kaum jemand habe es gewagt, sich damit zu befassen,

und bald erkannte der Schüler, dass die SVP als einzige Partei die Problematik anging, sie nicht totschwiege.

«Das hat mich später motiviert, in der SVP zu politisieren», blickt Ziltener zurück. Es gehe nicht darum, andere Menschen, die nicht Schweizer sind, auszugrenzen, sondern «unsere Eigenständigkeit und unsere Mentalität zu erhalten», so sein Credo. Zunächst hatte Ziltener berufliche Pläne. Er liess sich zum Maurer ausbilden, dann folgten die Handelsschule und die Ausbildung zum Technischen Kaufmann mit eidgenössischem Fachausweis.

Als Jungpolitiker an die Parteispitze

Zur SVP stieg er erst, nachdem er 2001 in den Kanton Glarus gezogen war. Den Einstieg in die Parteipolitik fand Ziltener 2006 bei der Jungen SVP. Dort wurde er vor etwa fünf Jahren unvermittelt als Sekretär in den Vorstand gewählt. Bald machte der Jungpolitiker auch in der Mutterpartei mit. Es folgte die Wahl zum Sekretär der Kantonalpartei. In Glarus Nord kandidierte er für den Gemeinderat und erzielte gegen einen starken Konkurrenten ein sehr achtbares Ergebnis.

Im Frühjahr 2012 entschloss sich Ziltener, das Präsidium zu übernehmen und die SVP weiter aufzubauen, die bereits seit mehreren Jahren die stärkste Fraktion im Glarner Landrat stellt. «Ich will zuerst Parteiarbeit leisten», sagt Marc Ziltener.

Demokratie

von unten nach oben

Erfreulich sei die EU-kritische Haltung des Glarner Volkes, meint Ziltener. Dieses Misstrauen gegenüber internationalen Organisationen sei tief in Geschichte und Tradition verwurzelt. Anders als in der EU sei die Demokratie hier von unten nach oben gewachsen. «Durch die Annäherung an die EU sehen wir das alles in Gefahr, wir wehren uns deshalb gegen einen EU-Beitritt durch die Hintertür.»



Von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zur Schweizerischen Volkspartei



Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis im Jahr 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht».

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). Gegründet wurde die Partei für Bauern, Gewerbetreibende und das Bürgertum 1917 in Zürich.

Weitere Kantonalgründungen erfolgten 1918 in Bern und 1921 in der Waadt (PAI, Partei für die Unabhängigen). Am 23. Dezember 1936 war es dann so weit: Die BGB wurde als gesamtschweizerische Partei gegründet.

1929 wurde mit Rudolf Minger, einem grossen Freund von General Guisan, einer der bekanntesten BGB-Politiker in den Bundesrat gewählt. Aufgrund seiner volksverbundenen Art

gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten Bundesräte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug dann die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um die Versorgung des eigenen Landes mit Nahrungsmitteln während der entbehrungsreichen Kriegsjahre sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In dieser «Anbauschlacht» wurden sogar die Grünanlagen in Städten zur Anpflanzung von Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide genutzt, sodass der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 %

(1939) auf 72 % (1945) gesteigert werden konnte.

1971 beschlossen die demokratische Partei der Kantone Glarus und Graubünden mit der BGB zu fusionieren. Gemeinsam wurde in Bern die SVP gegründet.

1992 kämpft die SVP allein gegen die Klasse politique gegen den Beitritt zum EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgt der SVP und stimmt für die Unabhängigkeit. Seitdem konnte die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppeln. Sie erreichte in den Nationalratswahlen 2011 einen Wähleranteil von 26,6 %.

SVP föderalistisch und demokratisch

Die SVP ist aufgebaut wie die Schweiz: Föderalistisch und demokratisch. Das Herz der SVP besteht aus Zehntausenden von aktiven Mitgliedern und einer feinmaschigen Struktur aus Orts-, Bezirks- und Kantonalparteien, die einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung in der Schweiz leisten und politische Verantwortung tragen. Die SVP hat rund 90'000 Mitglieder. Die Mitglieder sind in rund 1'000 Orts- und Bezirksparteien in der ganzen Schweiz organisiert. Direktmitglied bei der SVP Schweiz sind die 27 Kantonalparteien (Unter- und Oberwallis haben je eine eigene Kantonalpartei), die Junge SVP und die SVP international (Auslandschweizersektion der SVP). Die Organe der SVP sind die folgenden:

- Delegiertenversammlung
- Zentralvorstand
- Leitender Ausschuss
- Parteileitung
- SVP Frauen Schweiz
- SVP Senioren Schweiz

Die Kantonalparteien sowie die Junge SVP, die SVP international, die SVP Senioren und die SVP Frauen delegieren ihre Vertreter an die nationale Delegiertenversammlung, welche in der Regel viermal im Jahr tagt. Diese besteht aus rund 730 Delegierten. Sie sind verantwortlich für die Wahl der Parteileitung inklusive des Präsidenten, fassen die Parolen zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen und verabschieden wichtige programmatische Schriften wie das Parteiprogramm. Mit andern Worten: Die Delegierten

– und damit die Mitglieder der SVP – haben das letzte Wort. Sie bestimmen, welche politischen Positionen die SVP vertreten soll.

Der Zentralvorstand der SVP mit 111 Mitgliedern fasst Parolen zu eidgenössischen Vorlagen, soweit sie nicht von der Delegiertenversammlung vorgenommen werden. Er fasst ebenfalls Beschluss über das Ergreifen von Referenden.

Der Leitende Ausschuss mit 29 Mitgliedern führt die laufenden politischen Geschäfte der SVP Schweiz. Er ist für die eidgenössischen Wahlen verantwortlich.

Die Parteileitung ist verantwortlich für die strategische Planung und Ausrichtung der Partei. Sie vertritt die Partei in politischen Fragen nach aussen.

Die SVP-Parteileitung 2012/2013



Toni Brunner, Parteipräsident (SG)



Adrian Amstutz, Fraktionspräsident (BE)



Nadja Pieren, Vizepräsidentin (BE)



Oskar Freysinger, Vizepräsident (VS)



Walter Frey, Vizepräsident (ZH)



Luzi Stamm, Vizepräsident (AG)



Christoph Blocher, Vizepräsident (ZH)



Judith Uebersax, Vizepräsidentin (SZ)



Claude-Alain Vollet, Vizepräsident (VD)

Thematisch breit aufgestellt

Die SVP ist thematisch breit aufgestellt und legt grossen Wert auf die programmatische Arbeit. Unzählige Fachtagungen und Sitzungen von Kommissionen auf kantonaler und nationaler Ebene unter Mitwirkung vieler Mitglieder sowie von Mandatsträgern und Fachleuten sorgen dafür, dass die SVP mit ihrer Politik am Puls der Bevölkerung politisiert.

Das aktuelle Parteiprogramm der SVP für die Legislatur 2011 bis 2015 umfasst auf 128 Seiten 230 Standpunkte zu 23 grossen Themen der Schweiz. Nebst der Arbeit im eidgenössischen Parlament gibt die SVP der Schweizer Bevölkerung durch die Lancierung von Volksinitiativen auch immer wieder die Gelegenheit, sich direkt zu dringenden, aktuellen Fragen äussern zu können. Die Bevölkerung erhält so die Möglichkeit, die Politik unseres Landes unmittelbar mitzubestimmen.

Wer wir sind – was wir wollen



Die Schweiz ist ein wunderbares Land mit grossartigen Errungenschaften. Freiheit, Unabhängigkeit, Lebensqualität und Wohlstand haben wir dem umsichtigen Handeln und der harten Arbeit unserer Vorfahren zu verdanken.

Wir wollen diese Qualitäten erhalten und mit Demut in die Zukunft führen. Ein historisch gewachsener, demokratischer und durch klare Grenzen definierter kleinräumiger Rechtsstaat bildet auch in heutiger Zeit die ideale Voraussetzung dazu.

Wir sind überzeugt, dass respektvoll und friedlich miteinander verkehrende Staaten und nicht überstaatliche Gebilde den Bedürfnissen der Menschen am besten gerecht werden.

Die Schweiz wird zusammengehalten durch eine zukunftsweisende, identitätsstiftende Idee von grundlegender Bedeutung. Die Idee, dass der Staat auf den Schultern freier, unabhängiger Menschen ruht, die ihr Schicksal selber in die Hand nehmen. Die Idee, dass der Staat im Dienst der Menschen steht und nicht umgekehrt. Die Idee, dass die Macht aufgeteilt werden muss und der freie Bürger das letzte Wort hat.

Wir sind weltoffen, ohne uns selbst zu verleugnen. Wir wollen unsere direkte Demokratie und unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften gegen alle Angriffe von innen und aussen schützen. Wir arbeiten an der Zukunft – und stehen dabei zu unserer Vergangenheit.

Darin liegt unser berechtigter Stolz. Darin liegt unsere Würde. Das ist die Schweiz, und dafür steht die Schweizerische Volkspartei. Für eine sichere Zukunft in Freiheit!



Die Parteimitglieder bestimmen! Mit rund 750 Delegierten sind die Delegiertenversammlungen der SVP die grössten politischen Veranstaltungen im Lande. Hier am 28. Januar 2012 in Berg (TG).

Im Parlament hängige Volksinitiativen der SVP:

- Die Familieninitiative, die Steuerabzüge auch für die Familien verlangt, die ihre Kinder selber betreuen.
- Die Volkswahl des Bundesrat: Wie in den Kantonen soll die Bevölkerung auch auf Bundesebene die Regierung wählen dürfen.
- Die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung».

Im Sammelstadium:

- Durchsetzungs-Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer.

Von Volk und Kantonen angenommene und von der SVP unterstützte oder selber lancierte Volksinitiativen:

- «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» vom 28.11.2010.
- «Gegen den Bau von Minaretten» vom 29.11.2009.
- «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» vom 30.11.2008.
- «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewalttäter» vom 08.02.2004.

Wussten Sie, dass...

... ca. 90'000 Mitglieder in den rund 1'000 Orts- und Bezirkssektionen organisiert sind?

... die SVP mit Nationalratspräsident Hansjörg Walter im Jahr 2012 den höchsten Schweizer stellt?



Hansjörg Walter ist aktiver Bauer – hier beim Ausdünnen der Äpfel – und Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes.

... in 18 von den 80 Thurgauer Gemeinden die SVP den Gemeindepräsidenten (Gemeindeammann) stellt?

... innert zwölf Jahren 200'000 Wählerinnen und Wähler mehr die SVP bei den Nationalratswahlen gewählt haben? Im Jahr 1999 waren es 444'181 und 2011 deren 648'675.

... die SVP 543 Gross- und Kantonsräte hat? Sie hat damit insgesamt am meisten kantonale Vertreter in den kantonalen Parlamenten.

... in der lange Zeit von einer SP-Mehrheit dominierten Munot-Stadt Schaffhausen die SVP am 28. Oktober zur stärksten Kraft im Grosse Stadtrat (Parlament) wurde? Der Wähleranteil konnte von 20,3% auf 22,6% gesteigert werden.



... in der Stadt Biel am 23. September mit Beat Feuer zum ersten Mal ein Vertreter der SVP in die fünfköpfige Stadtregerung gewählt wurde?

... im Kanton Waadt seit 2004 bis heute 29 lokale Parteisektionen gegründet worden sind und sich so die gewählten Gemeindevertreter von 45 auf 283 versechsfacht haben?

... die SVP im Kanton Schwyz gleich drei der sieben Regierungsräte stellt?

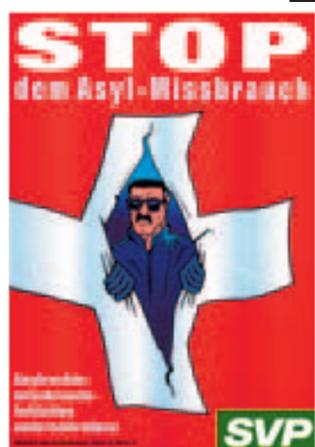
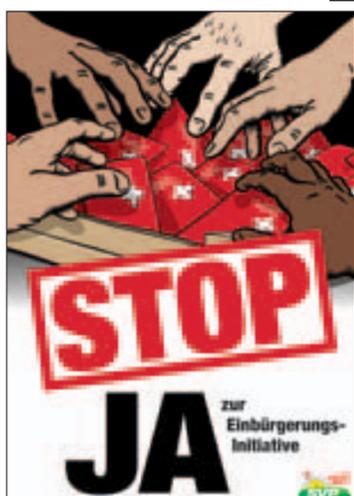
... sowohl der Präsident des Schweizerischen Hauseigentümerversandes, Nationalrat Hans Egloff aus dem Kanton Zürich, als auch der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Nationalrat Jean-François Rime aus dem Kanton Freiburg, beide der SVP angehören?

... der ehemalige Landwirt Hans Diem von 2011 bis 2015 der Landammann, das heisst der Regierungspräsident des Kantons Appenzell-Ausserrhoden ist?

... die SVP des Kantons Aargau ihren Wähleranteil bei den Grossratswahlen vom 21. Oktober 2012 allen medialen Unkenrufen zum Trotz auf 32% ausbauen konnte? Sie hat damit das Vertrauen von mehr Wählerinnen und Wählern gewonnen als die zweit- und drittplatzierten FDP und SP zusammen.

SVP-Plakate:

Moderne Klassiker



- 1 Volksabstimmung vom 16. Mai 2004: Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) (11. AHV-Revision).
- 2 Volksabstimmung vom 27. September 2009: Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze.
- 3 Volksabstimmung vom 1. Juni 2008: Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» (Einbürgerungsinitiative).
- 4 Volksabstimmung vom 22. September 2002: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» und über den Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung».
- 5 Volksabstimmung vom 28. November 2010: Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)».
- 6 Volksabstimmung vom 26. September 2004: Änderung des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz (Erwerbsersatzgesetz, EOG), Mutterschaftsversicherung.
- 7 Volksabstimmung vom 5. Juni 2005: Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin.
- 8 Volksabstimmung vom 4. März 2001: Eidgenössische Volksinitiative «Ja zu Europa».
- 9 Volksabstimmung vom 24. November 2002: Eidgenössische Volksinitiative «Gegen Asylmissbrauch».

Grosser Plakatwettbewerb:

Gestalten Sie ein Plakat zur kommenden Abstimmung über das neue Asylgesetz!

Im Jahr 2013 stimmt die Schweizer Bevölkerung voraussichtlich über das neue Asylgesetz ab (falls das angekündigte Referendum zustande kommt). Die SVP sagt JA zur Revision, denn sie hilft, den Asylmissbrauch besser zu bekämpfen. Für den Abstimmungskampf sucht die SVP ein gutes Abstimmungsplakat. Dabei setzen wir auf Ihre Unterstützung. Gestalten Sie ein Plakat «Ja zur Asylgesetzrevision» und gewinnen Sie eine Übernachtung inklusive Nachessen für 4 Personen mit SVP-Parteipräsident Toni Brunner im Haus der Freiheit in Ebnet-Kappel!

Mehr Informationen über das neue Asylgesetz:

- Seite 15 dieser Zeitung
- www.admin.ch/ch/d/as/2012/5359.pdf

Teilnahmebedingungen:

- Teilnahmeberechtigt: alle.
- Aufgabe: Entwurf eines Plakates (Format egal).
- Abgabe: Per Post an SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, Stichwort: Plakatwettbewerb oder als pdf per E-mail an plakatwettbewerb@svp.ch.
- Einsendeschluss: 3. Januar 2013.
- Die Teilnehmer erklären sich mit ihrer Teilnahme dazu bereit, dass ihre Plakatentwürfe ohne Namensnennung auf die Webseite der SVP aufgeschaltet werden können.
- Die Gewinner des Wettbewerbs werden am 10. Januar 2013 ausgelost und danach per Post benachrichtigt sowie auf der Webseite der SVP bekannt gegeben.
- **1. Preis: Übernachtung und Essen für 4 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch**
- **2. Preis: Nachessen für 4 Personen mit Toni Brunner**
- **3. Preis: Gefüllter SVP-Rucksack**
- Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Werte erhalten, Heimat verteidigen

Interview mit Bundesrat Ueli Maurer, Departements-Chef VBS

Herr Bundesrat: Warum braucht die Schweiz eine Armee?

Die personellen Möglichkeiten der Polizei sind bald einmal ausgeschöpft; wir sehen das schon jetzt im Alltag. Die Armee ist unsere Sicherheitsreserve, die zum Einsatz kommt, wenn alle Mittel ausgeschöpft sind. Oder anders gesagt: Die Armee ist dann für uns da, wenn alle anderen Stricke reissen.

Damit sind wir bei der Bedrohung. In Europa herrschen doch Friede und Sicherheit!

Man kann aus der momentanen Situation nicht auf die Zukunft schliessen. Die Feuerwehr schafft man auch nicht ab, nur weil es gerade nicht brennt.

Sie meinen, der Schein trügt?

Wir müssen doch nüchtern feststellen, dass die Welt in den letzten Jahren nicht sicherer und friedlicher geworden ist. Die Welt ist im Umbruch. Wer hat schon die Revolutionen und Bür-

gerkriege in der arabischen Welt kommen sehen? Oder wer kann wissen, in welche Richtung sich die sozialen Spannungen in verschiedenen europäischen Ländern weiterentwickeln?

Dann sehen Sie die Bedrohung nicht in erster Linie in einem konventionellen Angriff auf die Schweiz?

Unsere Armee muss das Land in einem herkömmlichen Konflikt verteidigen können. Sie muss aber auch auf andere Szenarien vorbereitet sein.

Diese Aufgaben kosten alle Geld. Dennoch ist die Armee auch unter Spardruck. Sehen Sie noch Sparpotential?

Der Sparauftrag zwingt uns zu einschneidenden Massnahmen: Wir planen die Schliessung von Standorten, möglicherweise auch von Flugplätzen. Schon von 2009 bis 2011 haben wir 900 Millionen Franken gespart und gegen 500 Stellen abgebaut.

Die jährlichen Ausgaben für die Landesverteidigung haben in den letzten

gut 20 Jahren seit 1990 von über 6 Milliarden Franken auf den heutigen Stand von ca. 4,4 Milliarden Franken abgenommen. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum haben sich die Bundesausgaben etwa verdoppelt!

Die Politik vernachlässigt die Kernaufgabe des Staates: die Sicherheit zu gewährleisten. Dieser Auftrag wird so unerfüllbar.

Sie spüren also Folgen dieser Einsparungen?

Ja – konkret können wir nur etwa die Hälfte der Truppe vollständig ausrüsten.

Man könnte sich vielleicht fragen, ob es wirklich ein Massenheer braucht...

Der Begriff Massenheer passt definitiv nicht mehr zu unserer Armee! Bundesrat und Parlament zwingen uns zu einer weiteren Reduktion des Mannschaftsbestandes von 200'000 auf 100'000. Damit würden dann die Sitzplätze im Fussballstadion von Barcelona für unsere Armee ausreichen.

Der Gripen soll den alten Tiger ersetzen. Dieser Entscheid wird immer wieder kritisiert. Was antworten Sie?

Der Gripen ist für unsere Bedürfnisse das beste Flugzeug. Wir brauchen keinen Kampfjet, der für Interventionskriege konstruiert wurde. Und wir sollten das Gesamte sehen: Die Armee ist so auszurüsten, dass sie vielfältige Aufgaben erfüllen kann, von der Unterstützung ziviler Behörden in Not-situationen bis zum Kampfeinsatz. Die knappen Mittel müssen wir auf die verschiedenen Truppen verteilen, damit alle ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Gruppe Schweiz ohne Armee hat eine Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht eingereicht. Ihre Meinung?

Diese Initiative appelliert an die Bequemlichkeit und zielt auf die Armee. Als Bürger haben wir viele Rechte in unserem Land. Aber wir haben auch die Pflicht, für die Sicherheit des Landes zu sorgen. Diese wichtige Aufgabe dürfen wir nicht ein paar Freiwilligen überlassen oder an bezahlte Berufssoldaten abschieben.

Sie betonen immer wieder: Die Bedeutung der Sicherheit werde wieder zunehmen.

In unruhigen Zeiten ist Sicherheit ein ganz wichtiger Standortfaktor. Sicherheit bedeutet Stabilität und damit Wohlstand. Das sehen wir weltweit: Wo die Sicherheit fehlt, da gehen die

Investitionen zurück, da wandern die Unternehmen ab, da droht letztlich der wirtschaftliche Ruin. Die Verteidigungsausgaben sind nichts anderes als eine Versicherungsprämie für unsere Lebensqualität.

Ueli Maurer



Bundesrat Ueli Maurer, Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Persönlich

- Geboren am 1. Dezember 1950
- Verheiratet, 6 Kinder
- Bürger von Adelboden (BE) und Hinwil (ZH)
- Primar- und Sekundarschule
- Kaufmännische Lehre

Beruf / Tätigkeiten

- 1974 - 1994: Geschäftsführer einer landwirtschaftlichen Genossenschaft
- 1994 - 2008: Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbandes

Politische Tätigkeit

- 1978 - 1986: Gemeinderat in Hinwil
- 1983 - 1991: Kantonsrat in Zürich
- 1991 - 2008: Nationalrat
- 1996 - 2008: Präsident der SVP Schweiz
- 10.12.2008: Wahl in den Bundesrat

Mein Standpunkt: +



Tonja Kaufmann, Köchin, geboren am 24.01.1987, Kompanie Bausap 6/3, wohnhaft in Hausen (AG).

«Meine Leistung in den Dienst des Landes zu stellen und die Schweiz besser kennen zu lernen, war mein Ziel für die Rekrutenschule. Heute engagiere ich mich für unsere Armee, weil sie die Unabhängigkeit der Schweiz sichert.»

Festhalten am Milizsystem und an der Wehrpflicht

Mit Stolz leiste ich seit 28 Jahren – zusätzlich zu meinen beruflichen, politischen und vereinsinternen Tätigkeiten – Dienst in der Milizarmee. Schliesslich gilt seit dem 29. Mai 1874 (Totalrevision der Bundesverfassung von 1848) der Grundsatz: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.»

Die Armeeabschaffer

Nach den Vorstellungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) sollte in Zukunft folgender Artikel 59 in der Bundesverfassung stehen: «Niemand kann verpflichtet werden, Militärdienst zu leisten.» Die GSoA macht per Volksinitiative die Abschaffung der Militärdienstpflicht zum Gegenstand einer breiten politischen Diskussion.

Die Schweizer Bevölkerung hat im Bewusstsein der Wichtigkeit der Landesverteidigung die letzte GSoA-Abschaffungs-Initiative am 2. Dezember 2001 mit 78,1% der Stimmenden klar verworfen.

Gesellschaftlich verankert

Im sicherheitspolitischen Bericht vom 23. Juni 2010 bekräftigte auch der Bundesrat seine Absicht, an der Militärdienstpflicht festzuhalten. Die allgemeine Wehrpflicht stehe für eine gesellschaftlich fest verankerte Armee und sei Teil des staatspolitischen Selbstverständnisses der Schweiz, begründet der Bundesrat sein Nein zur GSoA-Initiative. Das gesamte politische System der Schweiz lebe von der Einsicht, dass Rechte stets mit Pflichten verbunden seien. Die Militärdienstpflicht Sorge – wie andere Bürgerrechte und -pflichten – dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl engagieren.

In den vergangenen Jahren erfuhr die Armee zahlreiche Reformen. Federführend waren in der Regel Beamte, die oft ohne besondere Erfahrungen im Armeebereich vom Bürotisch aus agierten. Auch manche Parlamentarier gebärdeten sich als Militärspezialisten und setzten Änderungen durch, die zur Schwächung der Armee führten.

In kleinen Schritten...

Das Einziehen der Taschenmunition zum Beispiel, also eines wesentlichen Teils der persönlichen Ausrüstung der Armeemitglieder, war leider so ein höchst bedauerlicher Schritt in Richtung Abschaffung der Armee. Die Aufbewahrung der Waffen in Zeughäusern dürfte wohl der nächste Schritt sein. Die Demontage der Armee ging bisher viel weiter, als es die GSoA mit ihren Initiativen zu hoffen gewagt hatte. Der Grundauftrag, also «die Verteidigung der Souveränität der Schweiz» muss wieder im Zentrum stehen.

Effizientestes Wehrmodell für die Schweiz

Die obligatorische Militärdienstpflicht muss dafür erhalten bleiben. Sie ist der tragende Pfeiler unserer Armee. Zudem sorgt das Milizsystem dafür, dass für

die Armee möglichst breite zivile Kenntnisse und Fähigkeiten nutzbar gemacht werden können, dass die Armee sozial und regional durchmischt ist und dass die traditionell enge Verbindung zwischen Armee und Gesellschaft gewährleistet bleibt.

Eine Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht würde das sicherheitspolitische Selbstverständnis der Schweiz grundlegend verändern und das schweizerische Bewusstsein von der selbstverständlichen Erfüllung der Bürgerpflichten durch alle untergraben. Der Bundesrat sagt es so: «Der «Bürgersoldat» versteht es, Befehl und Gehorsam in der Armee und Mitbestimmung in der Politik in Einklang zu bringen.» Das ist schweizerischer Gemeinsinn.

Pascal Dessauges, Regierungstatthalter des Bezirks Morges und Oberst in der Armee



Warum werden kriminelle Ausländer immer noch nicht ausgeschafft?

Das Regionalgericht Berner Oberland hat den Kosovaren Rasim R. am 5. Oktober 2012 erstinstanzlich zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren wegen versuchter vorsätzlicher Tötung verurteilt, weil er einem Schwinger die Kehle aufgeschlitzt hat (die Medien berichteten). Noch ist jedoch unklar, ob er nach Verbüßung der Strafe ausgeschafft wird oder nicht. Weshalb kann das sein, nachdem das Schweizer Volk der Ausschaffungsinitiative vor nun bereits zwei Jahren zugestimmt hat?



«Eine härtere Gangart bei den Ausschaffungen ist vordringlich, hat eine präventive Wirkung und bringt mehr Sicherheit für alle.»

haben diese vor zwei Jahren angenommen. Gleichzeitig wurde auch über einen Gegenentwurf des Bundesrates abgestimmt. Dieser Gegenentwurf wurde von Volk und Ständen klar abgelehnt. Er sah vor, dass die Richter praktisch frei entscheiden können, ob sie einen ausländischen Straftäter ausweisen wollen oder nicht.

Umsetzung wird verschleppt

Der Auftrag des Volkes ist klar, und der Stimmbürger durfte nach jenem Abstimmungswochenende im November 2010 annehmen, nun sei die Ausschaffung krimineller Ausländer klar geregelt. Die Ausschaffungsinitiative definiert unzweideutig, dass ein krimineller Ausländer zwingend auszuweisen ist, wenn er wegen bestimmter Delikte verurteilt wird. Dass kriminelle Ausländer jedoch noch immer nicht ausgewiesen werden, müssen wir täglich aus den Medien erfahren. Bei überdurchschnittlich vielen Gewaltdelikten, über welche in den Medien berichtet wird, ist ein Ausländer direkt oder indirekt involviert. Im vergangenen Jahr war erstmals mehr als die Hälfte der Täter, die gegen das Strafrecht verstießen, ausländischer Herkunft (bei einem Ausländeranteil von 23% an der Gesamtbevölkerung). Von der Ausschaffung solcher Straftäter wird jedoch kaum je

berichtet. Warum nicht? Weil eine solche in Verweigerung des Volksauftrages nicht erfolgt. Bundesbern hat sich bisher geweigert, die Ausschaffungsinitiative umzusetzen und das Strafgesetzbuch wieder entsprechend zu ergänzen. Erst im Sommer 2012 nahm der Bundesrat einen ersten Anlauf, die Ausschaffungsinitiative einen Schritt weiter zu bringen. Dieser erste Umsetzungsversuch erfolgte zum einen massiv verspätet und geht zudem in die falsche Richtung. Es ist unglaublich – erst wird die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative verweigert, und wenn die Umsetzung einmal in Gang kommt, wird bewusst ein falscher Weg eingeschlagen.

Volkswillen respektieren

Der Bundesrat will ein System einführen, welches das Volk klar abgelehnt hat. Er will, dass ein Gericht – auch bei schweren Delikten wie Mord, Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung – abwägen kann, ob es

eine Ausweisung anordnen will oder nicht. Dieses System entspricht dem Konzept des Gegenentwurfs, den Volk und Stände im November 2010 klar abgelehnt haben. Das Volk will aber, dass ein Ausländer ausgewiesen wird, der wegen eines bestimmten Delikts verurteilt wird. Ein Ermessen des Gerichts soll ausgeschlossen sein, damit ein Ausländer nicht davon profitieren kann, wenn er auf einen milden Richter trifft. Diese Missachtung des Volkswillens kann und darf nicht hingenommen werden. Nun musste die SVP wieder selber aktiv werden und hat im August 2012 die Durchsetzungsinitiative lanciert (www.durchsetzungsinitiative.ch). Diese regelt die Ausschaffung krimineller Ausländer in der Weise, wie das Volk im November 2010 entschieden hat, und stellt eine korrekte Umsetzung des Ausschaffungsartikels in der Bundesverfassung sicher.

Nationalrat Adrian Amstutz, Fraktionspräsident der SVP Schweiz, Sigriswil (BE)



Zur Untätigkeit gezwungen: Das Volk hat der Regierung einen klaren Auftrag erteilt, kriminelle Ausländer auszuschaffen, doch die Vollzugsbehörden müssen noch untätig bleiben, weil Bundesrat und Parlament die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative verzögern.

Darum brauchen wir die Durchsetzungsinitiative

Am 28. November 2010 wurde die Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer angenommen. Die Behörden in Bern sabotieren und verschleppen die Durchsetzung der Initiative. Das Ziel der von der SVP in diesem Sommer lancierten Durchsetzungsinitiative ist es, mehr Sicherheit zu schaffen, die Verfahren zu straffen und die Gerichtspraxis zu verschärfen. 2011 waren erstmals mehr als 50% der Täter, die gegen das Strafrecht verstießen, Ausländer (inklusive Asylbewerber und Kriminaltouristen). Wer hier Gast ist, hat sich in erster Linie selber um seine Integration zu bemühen. Er hat die Verantwortung für sich und seine Familienangehörigen nach bestem Wissen und Gewissen zu tragen und die schweizerische Rechtsordnung zu befolgen. Wer sich nicht an diesen Grundsatz hält, muss die Schweiz verlassen. Dies ist gerade auch aus Respekt gegenüber dem Teil der ausländischen Bevölkerung wichtig, der sich in unserem Land korrekt verhält.

Roberta Soldati, Anwältin, Losone (TI)

www.durchsetzungsinitiative.ch

Unsere Erwartungen an die Schweiz: +



Maeva Dubois, 20 Jahre, Studentin der Politikwissenschaften an der Universität Genf, Trélex (VD)

«Sicherheit ist ein Begriff, der unsere Schweiz gut charakterisiert: Arbeitssicherheit, soziale Sicherheit, finanzielle Sicherheit und vor allem auch ein hohes Sicherheitsgefühl. Die SVP kämpft schon immer für die Sicherheit indem sie harte Strafen verlangt. So hat die Sicherheit auch in den nächsten Jahren eines der Hauptthemen der Partei zu bleiben.»



Naveen Hofstetter, 30 Jahre, gelernter Elektroinstallateur, dipl. Lichtplaner, Rothrist (AG)

«Man ist nicht nur Schweizer durch Abstammung, sondern kann dies auch werden, wenn man die Werte und Traditionen der Willensnation Schweiz annimmt und verteidigt. Das bedeutet aber, dass man die Gesetze und die Regeln in diesem Land respektiert.»



Fidel Petros, 18 Jahre, Gymnasiast, Vevey (VD)

«Ich unterstütze die Durchsetzungsinitiative, weil ein hartes Vorgehen gegen die kriminellen Ausländer den hier wohnhaften und gut integrierten Ausländern hilft.»

Bauer mit Auslandserfahrung



Nationalrat Andreas Aebi ist als Auktionator auch international engagiert.

Als Bauer, Auktionator und Politiker ist der Berner Nationalrat Andreas Aebi vielseitig im In- und Ausland engagiert, bleibt aber in der Tradition verwurzelt.

Sein Ururgrossvater Johann Ulrich Aebi hat 1883 auf einem Bauernhof in Wynigen die erste Mähmaschine angefertigt. Daraus ist die Maschinenfabrik Aebi in Burgdorf entstanden,

die bis heute als Herstellerin von Spezialfahrzeugen für die Kommunal- und Landwirtschaft erhalten geblieben ist. Andreas Aebi steht in dieser Tradition und ist vor allem der Landwirtschaft des Emmentals treu geblieben. Er ist mit Leib und Seele Bauer und Viehzüchter und betont: «Unser Bauernhof ist die prägende Grundlage meines Lebens.» Dieser ist vielseitig und nur dank der grossen Unterstüt-

zung der Lehrlinge, seiner Frau Thea, seiner Eltern und der Kinder so führbar. Andreas Aebi passt nicht ins übliche Bauernschema. Er ist ein vielseitiger Mann: Er betreibt mit seiner Familie nicht nur den Bauernhof in Alchenstorf, sondern ist in Bauernkreisen im In- und Ausland ein beliebter Auktionator und bietet darüber hinaus Auslandsreisen an. Hinzu kommen zahlreiche Ämter, darunter das Präsidium des Fleckviehzuchtverbandes Swissherdbook und das OK-Präsidium des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfests 2013 in Burgdorf im Emmental.

2007 schaffte der Emmentaler den Sprung in den Nationalrat und wurde ein Jahr später überraschend als Bundesratskandidat vorgeschlagen. «Der Meisterlandwirt mit Erfahrungen im Ausland», wie er in den Medien bezeichnet wurde, nimmt im Nationalrat seine Interessen als Mitglied der aussenpolitischen Kommission wahr, die er seit Anfang 2012 präsidiert. Seine Wortmeldungen und Vorstösse galten vor allem der Milchverwertung und den Gatt- und WTO-Verhandlungen.

Asylpolitik zum Scheitern verurteilt

Die Genfer Flüchtlingskonvention und die schweizerische Asylgesetzgebung gehen davon aus, dass Menschen wegen politischer Gesinnungen verfolgt werden. Deshalb sei ihnen Schutz zu gewähren. Diese Konzeption entspricht heute kaum noch den tatsächlichen Zuwanderungsgründen. Denn wegen des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles, besserer Reisemöglichkeiten und direkter Kommunikation selbst in entlegenste Staaten suchen immer mehr Menschen Bleibemöglichkeiten in Europa: Sie stellen Asylgesuche, vorzugsweise in der attraktiven Schweiz.

Die unkontrollierte Zuwanderung stellt alle Staaten Europas vor grösste Probleme. Zielländer sind vor allem jene, welche die Probleme der Einwanderung nicht zu bewältigen vermögen und resignierend den Verbleib der Asylsuchenden dulden. Auch Staaten wie die Schweiz, welche besonders gute Unterstützungsleistungen und umfassende medizinische Behandlung anbieten, sind für Asylsuchende höchst attraktiv. Hier ist der Hebel anzusetzen. Das Asylproblem lässt sich nur durch effiziente Aufnahmeverfahren und bescheidene Attraktivität lösen. Das heisst: Die Politik hat für geringere Standortattraktivität zu sorgen, Asylverfahren sind rasch abzuschliessen, und Asylentscheide sind entschieden durchzusetzen. Die Schweiz erfüllt bedauerlicherweise keines dieser Erfordernisse. Darum ist der Zustrom von Asylsuchenden in die Schweiz ungebrochen hoch.

Verfahrensprobleme im Vordergrund

Im Vordergrund aller Lösungsansätze stehen Verfahrensprobleme. Denn alle Verfahren – selbst einfache Rücküberstellungsverfahren gemäss Dublin-Abkommen – dauern viel zu lange. Die Verfahren sind zu kompliziert und zu aufwendig. Sie werden kaum verstanden. Liegt endlich ein rechtskräftiger Asylentscheid vor, beginnt der aufwendige Vollzug, welcher nochmals sehr, sehr lange dauert.

Wegen der einfachen Zugangsmöglichkeiten zum Asylverfahren, wegen der bescheidenen Mitwirkungspflichten der Asylsuchenden und wegen des



Der ungehinderte Zustrom von Ausländern in unser Land sorgt für immer mehr Probleme und Unbehagen.

fast grenzenlosen «Rechtsschutzes» Abgewiesener sind Asylverfahren heute innert nützlicher Frist nicht mehr zu erledigen. Daran ändern auch Erfolgsmeldungen des Bundesamtes für Migration (BFM) nichts.

Zur hohen Attraktivität der Schweiz als Zielland für Asyleinwanderer tragen weiter die (zu) guten Hilfeleistungen bei. Sichere und komfortable Unterbringung in Wohnungen und Zimmern nach schweizerischem Standard bedeutet für die Mehrheit der Asylsuchenden eine ausserordentliche Verbesserung der Lebensqualität gegenüber den Verhältnissen in ihren Herkunftsländern. Der praktisch ungehinderte Zugang zum Leistungsangebot der Spitzenmedizin – verbunden

mit fast unbeschränkten Behandlungsmöglichkeiten – vervollständigt das einzigartige schweizerische «Hilfsangebot» auf verhängnisvolle Weise. Ob unter dem Titel «Nothilfe» oder «Sozialhilfe» bezahlt wird, ist insgesamt kaum von Bedeutung. Entscheidend ist die Summe aller Annehmlichkeiten, die für Asylsuchende den möglichst dauerhaften Verbleib in der Schweiz erstrebenswert machen.

Es fehlen griffige Instrumente

Unter diesen verlockenden Bedingungen ist es sogar verständlich, dass sich Asylsuchende mit allen erdenklichen Mitteln gegen die Ausreise und gegen polizeiliche Rückschaffungen wehren. Doch ein Verzicht auf die

Durchsetzung rechtsstaatlich gültig getroffener Entscheide kommt einer Kapitulation gleich. Heute werden leider viel zu viele Entscheide nicht vollzogen oder aus Opportunitätsgründen – was heisst das eigentlich? – nicht durchgesetzt. Im Vollzugsbereich besteht allerhöchster Handlungsbedarf, und zur Rückführung abgewiesener Asylbewerber sind dringend griffige Instrumente bereit zu stellen.

Mehr als ein halbes Dutzend Asylgesetzrevisionen vermochten bisher die immer noch wachsenden Schwierigkeiten nicht zu meistern. Allzu zögerlich formulierte Rechtsgrundlagen allein sind eben kein Allheilmittel für unbewältigte Probleme. Ein desorientiertes und wenig effizientes Bundesamt sowie ein uneinheitlicher Vollzug der Kantone erschweren das Krisenmanagement zusätzlich. Es fehlt immer noch die Einsicht, dass endlich grundlegende Reformen unerlässlich sind, nachdem kosmetische Anpassungen nichts gebracht haben.

Zuwarten wäre verhängnisvoll

Was braucht die Schweiz, um den Herausforderungen gewachsen zu sein? Sie braucht einfache und schnelle Verfahren. Allen Asylsuchenden sind nicht nur bezüglich ihres Verhaltens im Alltag, sondern auch für die Mitwirkung im Verfahren strenge Regeln vorzugeben. Dass insbesondere mit straffälligen Asylsuchenden viel härter ins Gericht gegangen werden muss, versteht sich. Für die Dauer des Asylverfahrens reichen massvolle Unterstützungsleistungen, um die Einreise in die Schweiz und den möglichst lan-



Heinz Brand, Nationalrat, Klosters (GR)
Er war Leiter Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht (bis Ende August 2011) und Co-Präsident des Fachausschusses Rückkehr- und Wegweisungsvollzug von Bund und Kantonen sowie Präsident der Vereinigung der Kantonalen Fremdenpolizeichefs (VKM)

gen Verbleib «im gelobten Land» nicht noch zusätzlich zu belohnen und damit erst recht erstrebenswert zu machen.

Ohne entschiedene Korrekturen gegenüber dem heutigen Asylrecht lässt sich das Asylproblem nicht lösen. Zielgerichtete Massnahmen, um die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Schutzland für echte politisch Verfolgte zurück zu gewinnen, sind selbstverständlich ohne Abstriche oder gar Verrat an der humanitären Tradition unseres Landes zu treffen. Voraussetzung dafür ist ein starker politischer Wille. Dieser fehlt leider im Parlament, im Bundesrat und insbesondere in der Bundesverwaltung immer noch. Zuzuwarten aber, bis andere mit direktdemokratischen Mitteln das Heft in die Hand nehmen, wäre verhängnisvoll!

Kommentar



Yvan Perrin, Nationalrat, Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, La Côte-aux-Fées (NE)

«Die Schwachen haben Probleme, die Starken haben die Lösungen.» Louis Pauwels

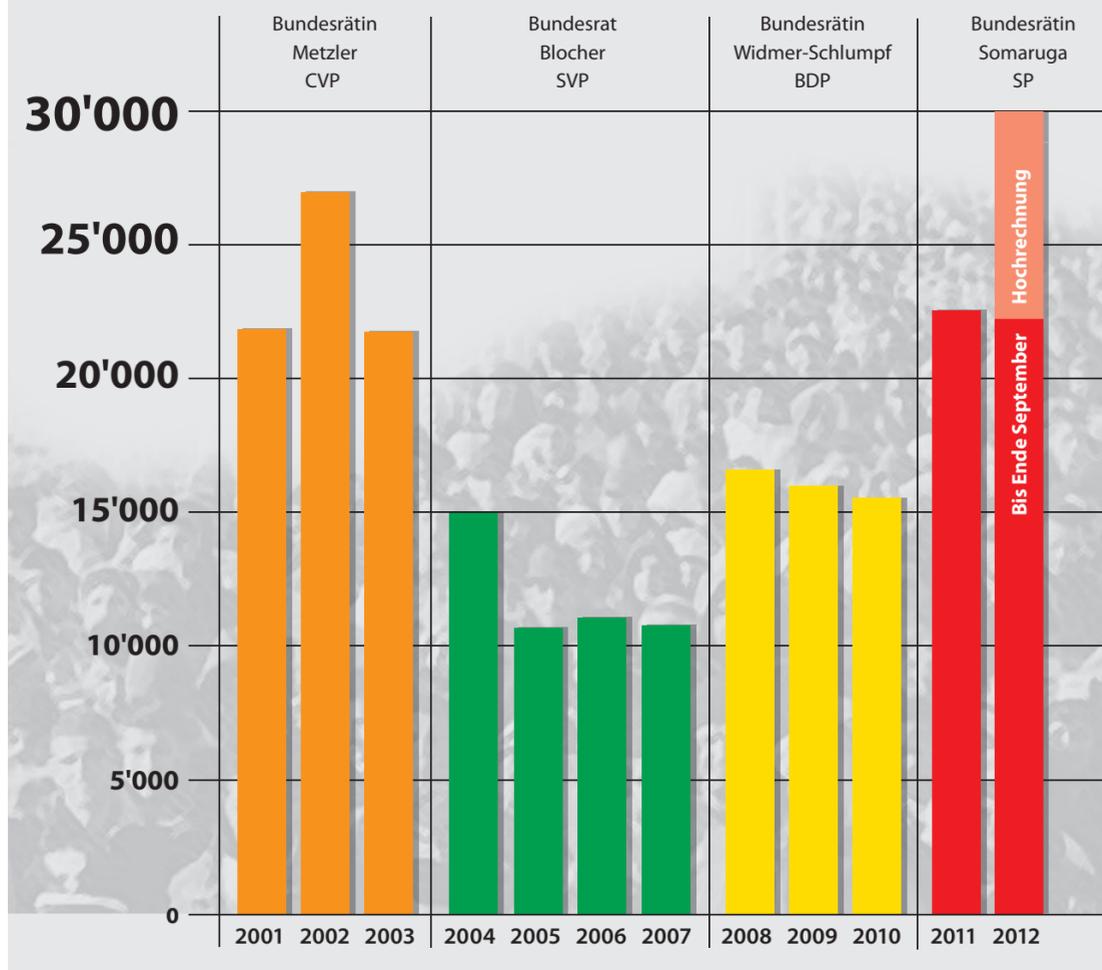
«Simonetta Sommaruga beweist, dass es im Asylbereich pragmatische Lösungen fern von jeglichem diskriminierenden Populismus gibt, welche die Rechte der betroffenen Personen respektieren.» Trotz dieser schwärmerischen Worte, mit welchen SP-Parteipräsident Christian Levrat im Frühling 2012 das Schaffen der SP-Bundesrätin pries, ist sie dem Schweizer Volk den entsprechenden Beweis bis heute schuldig geblieben.

Im Asylbereich erweisen sich die vermeintlichen Patentrezepte der Linken als ebenso unbrauchbar wie in allen anderen Gebieten. Unbeeinflusst von diesen Luftschlössern und leeren Worthülsen beschleunigt und intensiviert sich die Zuwanderung in die Schweiz unvermindert weiter. So verzeichnete die Schweiz in den ersten drei Quartalen 2012 45% mehr Asylgesuche als in der Vorjahresperiode, in welcher ebenfalls bereits 37% mehr Gesuche registriert wurden als im glei-

chen Zeitraum 2010. Simonetta Sommaruga scheint derweil die Kontrolle völlig verloren zu haben und sich bloss noch darauf zu beschränken, immer neue Empfangszentren durchzusetzen, welche für die betroffene Bevölkerung mit zahlreichen Problemen wie Diebstahl, Drogenhandel sowie weiteren Delikten und Unannehmlichkeiten aller Art verbunden sind.

Per Ende September 2012 befanden sich 80'448 Personen im schweizerischen Asylwesen. Angesichts dieser Lawine wird eine einzige konkrete Massnahme vorgeschlagen, nämlich die Behandlung der Gesuche aus dem Balkan, notabene aus Ländern, welche allesamt EU-Beitrittskandidaten sind und als sicher gelten, innert 48 Stunden. Da, wo man mit einem Nichteintreten reagieren sollte, schlägt uns Simonetta Sommaruga ein beschleunigtes Verfahren vor. Das ist es also, was die Linken Pragmatismus nennen.

Entwicklung Asylgesuche: Alles Zufall oder was?



Quelle: Bundesamt für Migration (BFM)

Landwirtschaft und Tourismus ergänzen sich

Es ist mehr als 100 Jahre her, seit der Tourismus auch im Saanenland Fuss gefasst hat. Politische und wirtschaftliche Ereignisse haben immer wieder dazu geführt, dass die Entwicklung mit Rückschlägen zu kämpfen hatte. Trotzdem war der Pioniergeist in sehr vielen Bereichen (Schienennetz, Strassen, Seilbahnen, Hotels usw.) gewaltig, und dank dem Umstand, dass die Schweiz in keinen Krieg verwickelt war, kam die Weiterentwicklung nie ganz zum Stillstand.



Bergbauer von Siebenthal aus Gstaad setzt sich für eine produzierende Landwirtschaft ein, die einheimische und gesunde Lebensmittel in die Verkaufsgregale bringt.

Bereits in der Anfangsphase des Tourismus in der Schweiz spürte man, dass die Schönheit unseres Landes – die Berge, der Schnee, die Seen, die Wälder und Wiesen – die Gäste aus aller Welt auch ins Saanenland lockte.

Neue Horizonte

Die ortsansässige Bevölkerung im Saanenland öffnete ihre Türen sehr weit, denn die Erkenntnis, dass eine persönliche Begegnung mit diesen willkommenen Gästen dazu führt, dass sie immer wieder kommen, eröffnete neue Horizonte. Die Bevölkerung

freute sich über alle Branchen hinweg über das willkommene Zusatzeinkommen.

Da sich das Gästeaufkommen immer mehr saisonal entwickelte, mit Winter und Sommer als touristischen Hauptzeiten, waren die Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft bestens geeignet, bestimmte Aufgaben im Tourismussektor wahrzunehmen. Weil die landwirtschaftliche Arbeit auch saisonal unterschiedlich intensiv ausfällt und dem Lauf der Natur folgt, resultieren ideale Ergänzungen zur bäuerlichen Existenz.

Zusätzliches Einkommen für Bergbauern

Zudem ist es für die Bergbauern sehr wichtig, ein zusätzliches Einkommen zu realisieren, denn die aufwendige Bewirtschaftung der Flächen in einer anspruchsvollen Topografie ist für den Unterhalt einer Familie oftmals nicht ausreichend.

Von jedem Franken, der im Saanenland verdient wird, kommen 80 Rappen vom Tourismus. Das zeigt klar, wie wichtig der Tourismus für meine Heimat ist. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerbe, Tourismus und Landwirt-

schaft im Saanenland war schon immer sehr gut, die Erkenntnis, dass wir voneinander abhängig sind, ist mittlerweile jeder und jedem von der Wiege auf klar.

Qualität und Traditionen gefragt

In den letzten Jahren haben sich die Bergbauern, mit einer Vielzahl von Angeboten weiterentwickelt. Sei das mit einer reichhaltigen Auswahl an regionalen Qualitätsprodukten, offenen Stalltüren, Schlafen im Stroh, Buvetten, Alpbahnen oder weiteren Innovationen, welche allesamt sehr beliebt sind.

Der Tourismusbereich als Nebenerwerb stellt für viele Bergbauernbetriebe ein optimales Zusatzeinkommen dar. Allerdings führt dies auch zunehmend zu einer sehr grossen Arbeitsbelastung, welche die betriebsführenden Bergbauern zur Prioritätensetzung zwingt. Der Druck aus der Politik, dass die Betriebe weiter wachsen müssen und mehr Fläche bewirtschaften sollten, stellt eine grosse Gefahr für die guten touristischen Angebote der Bergbauern dar.

Persönliche Begegnungen

Aus meinen Erfahrungen im Nebenerwerb weiss ich, dass es die Gäste sehr schätzen, mit Einheimischen jeglicher Art ins Gespräch zu kommen. Gerade auch sehr wohlhabende Gäste oder berühmte Persönlichkeiten sind sehr dankbar für diese ungezwungenen Kontakte. Als Nebenerwerb im Tourismus mitarbeiten zu dürfen, ist für mich eine Horizonterweiterung, die vielen Kontakte bereichern mich, es ist eine Freude, immer wieder neue und tolle Menschen kennen zu lernen. Wenn ich nochmals jung wäre, würde ich nochmals diese Kombination Bergbauer mit Zusatzerwerb wählen.

Erich von Siebenthal, Bergbauer und Nationalrat, Gstaad (BE)

Von unten nach oben regiert



Yves Nidegger, Nationalrat, Jurist, Genf (GE)

Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet «Herrschaft des Volkes». Wir in der Schweiz werden mehrmals jährlich an die Urne gerufen und können so Einfluss nehmen auf die politischen Sachgeschäfte, aber auch bei Wahlen bestimmen, wer uns in den Parlamenten vertreten soll.

Die für die Schweiz typischen Volksabstimmungen kennen andere Demokratien in der Regel nicht. In vielen anderen Ländern wählt das Volk das Parlament und hat damit bis zu den nächsten Wahlen kein Mitspracherecht mehr. Die Behörden und Berufspolitiker bestimmen. Dies würde vielen der sogenannten Classe politique auch in der Schweiz gefallen. Immer wieder fordern sie eine Einschränkung des Initiativrechts, es müsse eine völkerrechtliche Vorprüfung geben von Initiativen und überhaupt sei das Volk oft gar nicht fähig, die Komplexität von Fragen und Problemstellungen zu erkennen.

Unser Demokratieverständnis wirkt auch innerhalb der politischen Parteien. So bestimmen in der SVP die rund 750 Delegierten die Richtung der Partei. Kein Entscheid von grundsätzlicher Bedeutung wird gefällt, ohne Zustimmung der Delegierten. Die Parteileitung, als verlängerter Arm der Delegierten, führt deren Beschlüsse aus. Geredes, wie das die Regierung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene auch zu tun hat.

Die Schweiz wird von unten nach oben regiert und nicht umgekehrt. Das ist unser Brauchtum, das ist der freie Bürger, die freie Bürgerin. Die freie Meinungsäusserung, die Versammlungsfreiheit und die direkte Demokratie sind grossartige Errungenschaften, zu denen es Sorge zu tragen gilt. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein.

Landwirt. Zone	engl. Gruss	Käsegericht	Vital Berg im Kt. Bern	Held der griech. Mythologie	leblös	frz.: kleine Kirche	Haft Bergweide	Düsenflugzeug
Berchtesgaden im MA Sportgerät						Salteninstrument Dunst		1
		grosse Kämmer						
Kanton	Partei Lebensabschnitt		Graslandschaft				banal	CH Rockband
	2	span.: Pflü Knallkörper	Halbedelstein	Autokennzeichen CH (Dankkatesse (2 Wörter))		Abk.: Franken		
Brennglas Mythos			Frucht			dickes Seil	8	
			Erdreich			ehem. Währung (Abk.) polnische Gruppe		
Angelgerät			CH Gruss Gründer Phonak	5	Autokennzeichen CH	PC-Befehl		Braumischung
Erbräger			Grünfläche			Frau Wasserfee		
besiegt	frz.: rechts Uhrenmarke				Offiziersrang Wäschestück			
		Altbundesrat (CVP)	Hauptstadt von Lettland	Abk.: Bundesrat Abk.: Chemie		Marderart eidg. Departement	4	
Pflastermaterial Pfad		3				frz.: Osten		
		russ. Fluss	Abk.: Guam	Partei		frz.: hier	7	
Kutschador (Helmut/Maria) Frühlingssymbol					Lebensbund	Abk.: Hohlmass	6	
					Spitzname Eisenhowers	frz.: Nase		

Name, Vorname, Adresse:

Senden Sie uns das Rätsel inklusive Lösungswort und Ihrer Adresse an: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern. Die drei Gewinner werden am 1. Februar 2013 ausgelost. Die drei Gewinner erhalten je einen Schweizer Bauernkorb zugeschickt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Fürs Gmuet:

«Tiere und Natur sind mir wichtig, dank ihnen schöpfe ich Kraft für den Politalltag.»

Der Berner Regierungsrat Christoph Neuhaus mit der handzahmen Lockengans «Fuzzy», der Bauernhofkatze «Pixie» und dem Belgischen Riesen «Bärtu».

Volkswahl Bundesrat

Unsere direkte Demokratie ist in ihrer Art auf der Welt einzigartig. Doch auch unsere Demokratie weist eine Verbesserungsmöglichkeit auf. Das Schweizer Volk kann zwar bestimmen, wer es im Parlament in Bern vertreten soll, hat aber keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Regierung. Der Bundesrat wird derzeit von den 246 Parlamentariern in Bern gewählt. So wie in den Kantonen die Regierungsräte vom Volk gewählt werden, könnte es auch den Bundesrat wählen. Würde das Volk den Bundesrat direkt wählen, so könnte dieser unabhängiger für das Wohl der Bevölkerung arbeiten. Die «Volkswahl des Bundesrates» führt

zu einem Ende der parteipolitischen Spielchen in Bern und gibt dem Volk die Möglichkeit, zu entscheiden, wer es in der Landesregierung vertreten soll. Die Initiative berücksichtigt dabei die sprachlichen Minderheiten, indem jeweils zwingend mindestens zwei Vertreter aus der lateinischen Schweiz im Bundesrat vertreten sind. Wer für eine Stärkung unserer direkten Demokratie eintritt, stimmt dieser Volksinitiative zu.

Alfred Heer, Parteipräsident der SVP Kanton Zürich, Nationalrat, Zürich (ZH)
Mehr Informationen: www.volkswahl.ch

Die Strasse – Lebensader für Bevölkerung und Wirtschaft

Eine gut ausgebaute Strasseninfrastruktur ist die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Sie verbindet die verschiedenen Regionen und Kulturen unseres Landes. 84 % des Personenverkehrs findet auf der Strasse statt. Aufgrund ihrer vielfältigen Nutzungsfunktion sind Strassen eigentliche Lebensadern.

Die Schweiz hat punkto Mobilität bisher eine sehr gute Ausgangslage. Unsere Strassen- und Schieneninfrastrukturen sind modern und gut ausgebaut. Dieser Vorteil ist jedoch mehr und mehr bedroht. Das Bedürfnis nach mehr Mobilität für Freizeit und Beruf, die höhere Lebenserwartung, aber auch die massive Zuwanderung sorgen dafür, dass an vielen Orten die Kapazitätsgrenze erreicht ist, beziehungsweise bald erreicht wird.

Ausbau Strassennetz

Selbstverständlich braucht es ein Nebeneinander des öffentlichen und des privaten Verkehrs. Der notwendige Ausbau der Strasseninfrastruktur ist jedoch aufgrund der jährlichen einseitigen Zweckentfremdung von Strassengeldern in Milliardenhöhe zugunsten der Schiene und der Bundeskasse nie richtig vom Fleck gekommen. Nötige Ausbauten und Engpassbeseitigungen wurden stets aufgrund anderer, vielmals strassenfremder Projekte zurückgestellt. Seit mehr als 50 Jahren harrt beispielsweise das Nationalstrassennetz noch immer seiner Fertigstellung! Die Schiene genoss in den vergangenen Jahren eine klare Vorzugsbehandlung durch die Politik.

Nur 30 % der Strassengelder für Strasse

Dieser unhaltbare Zustand hat leider System: Die Autofahrer werden seit Jahrzehnten vom Staat und den anderen Verkehrsträgern als finanzielle Milchkuh missbraucht. Stetig neue Abgaben und Gebühren, budgetierte Bussengelder, Alimentierung des Bundesbudgets wie auch die stossende Quersubventionierung, insbesondere des Schienenverkehrs, sorgen dafür, dass der Strasse als weitaus wichtigstem Verkehrsträger trotz hoher Einnahmen nur ein Bruchteil seiner Mittel zur Verfügung steht. Von jährlich 9,5 Milliarden Franken Strassengeldern auf Bundesebene fliessen gerade einmal gut 30 % davon an die Strasse zurück. Mit solch einer massiven Zweckentfremdung der finanziellen Mittel ist nur das Allernötigste machbar – wichtige Vorhaben bleiben auf der Strecke; es kommt aufgrund überfüllter Strassen zum eigentlichen Verkehrsinfarkt.

Freie Fahrt – sauberer Verkehr

Dies ist nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch unverantwortlich. Staus verursachen jährliche Kos-

ten in Milliardenhöhe und führen zu zusätzlichen Emissionen. Da hilft es wenig, dass der Strassenverkehr aufgrund des technologischen Fortschritts kontinuierlich weniger Treibstoff braucht und seine Emissionen in sehr kurzer Zeit stark verringerte. Wo keine Kapazität vorhanden ist, nützt auch das fortschrittlichste Verkehrsmittel nichts. Es ist daher zwingend, dass unsere Strasseninfrastruktur fit für die Zukunft gemacht wird.

Nachhaltige Verkehrspolitik

Noch bleibt Zeit, das Ruder herumzureissen. Noch bleibt Zeit, die notwendigen Beschlüsse sowohl aus finanzieller als auch aus wirtschaftlicher Sicht zu fassen. Der ideologische Kampf ist endlich zu beenden. Ein nachhaltiges verkehrspolitisches System hat sich an bewährten Grundsätzen zu orientieren, welche seitens der SVP seit Jahren postuliert werden:

1. Freie Wahl des Verkehrsmittels, keine ideologische Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Verkehrsträger.
2. Jeder Verkehrsträger erhält die Mittel, welche er selber generiert.
3. Zweckentfremdungen finanzieller Mittel sind zu unterlassen.



Eine gut ausgebaute Strasseninfrastruktur ist für unser Land lebenswichtig.

4. Für jedes Investitionsvorhaben ist eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen. Fällt diese negativ aus, sind Alternativen zu suchen. Ziel muss sein, dass die eingesetzten Mittel einen maximalen Nutzen generieren.

5. Stopp dem Abgaben- und Gebührenwahn.

Mit Befolgung dieser Leitlinien ist eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur möglich.

Strasse bleibt wichtigster Verkehrsträger

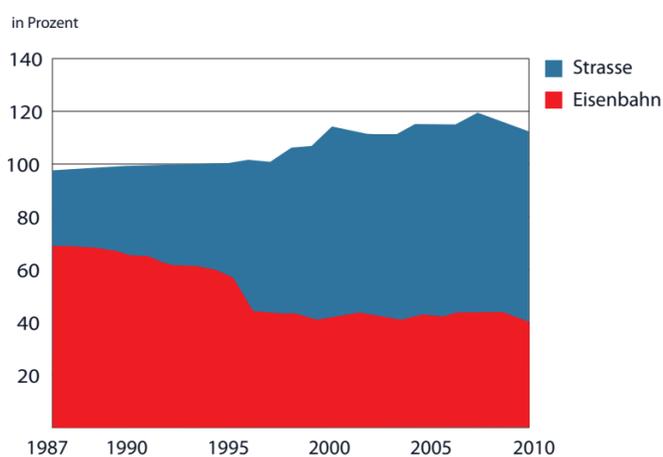
Der bisherige Weg der Verkehrspolitik kann nicht weitergeführt werden. Denn trotz jährlicher Milliardenbeträ-

ge an den Schienenverkehr ist bisher keine Verlagerung, weder im Privat- noch im Transportverkehr, erkennbar. Im Gegenteil: Die Strasse hat trotz massiver Zweckentfremdung ihrer Mittel und ideologisch bedingter Benachteiligung ihren Anteil stetig steigern können. 75 % aller Transportleistungen im Binnenverkehr, Import und Export, werden auf der Strasse erbracht. Die Strasse ist zudem für 84 % des Personenverkehrs verantwortlich. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Strasse der Verkehrsträger Nummer 1 ist und dies aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung auch in Zukunft bleiben wird.

Diese Fakten gilt es endlich auch einmal auf Bundesebene zur Kenntnis zu nehmen, und dementsprechend sollte auch gehandelt werden.

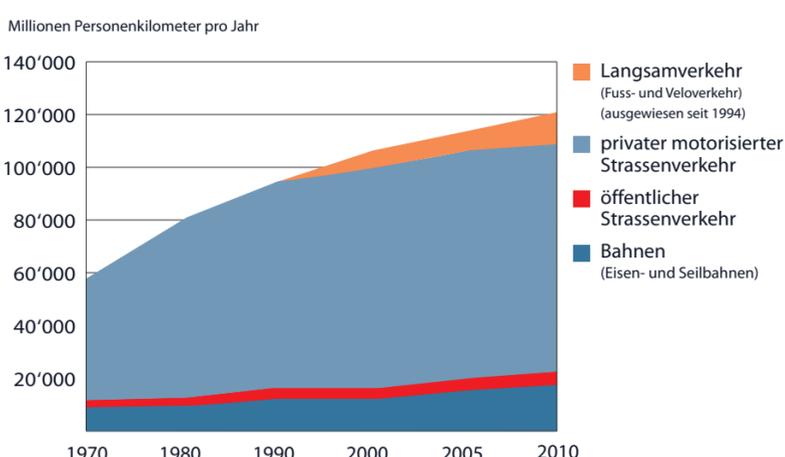
Walter Frey, Unternehmer,
Vizepräsident der SVP Schweiz

Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von Strasse und Eisenbahn



Quelle: Bundesamt für Statistik 2011

Verkehrsleistungen im Personenverkehr



Quelle: Bundesamt für Statistik

40 Franken sind genug!



Walter Wobmann, Nationalrat, Präsident der Föderation der Motorradfahrer der Schweiz (FMS)

Schon wieder wollen Bund und Parlament uns Auto- und Motorradfahrern an den Geldbeutel! Als ob wir noch nicht genug vom Staat geschröpft werden, soll nun der Preis für die Vignette auf 100 Franken erhöht werden. Dazu sage ich klar und deutlich NEIN. Wir Auto- und Motorradfahrer sind nicht die Milchkuh der Nation und werden uns mit aller Kraft gegen diesen Raubzug auf unsere Portemonnaies wehren!

Guy Parmelin, Nationalrat, Bursins (VD)

Ja zum Bau der zweiten Röhre am Gotthard

Die längst überfällige Sanierung des Gotthard-Strassentunnels und der Bau einer zweiten Röhre bringen einen echten Mehrwert: Erstens wird die Sicherheit bei richtungsgetreunten Fahrspuren insbesondere auch für den Schwerverkehr massiv erhöht.

Unfälle wie auch allfällige Sperrungen der wichtigsten Nord-Süd-Achse für den Transitverkehr werden auf ein Minimum reduziert. Zweitens wird mit der vorgeschlagenen Variante kein Mehrverkehr erzeugt – die Verfassung und der Alpenschutzartikel werden somit respektiert. Drittens wird der Kanton Tessin während der Sanierung über längere Zeit nicht vom

Rest der Schweiz abgeschnitten, was ein deutliches Zeichen für den Föderalismus und die Solidarität unseres Landes ist.

Der Bau der zweiten Röhre am Gotthard ist ein wichtiger Schnitt für eine vernünftige Verkehrspolitik. Mehr Sicherheit, mehr Flexibilität und das alles ohne Mehrverkehr, ohne massive finanzielle Belastungen und ohne die anderen Strassenvorhaben zu tangieren – eine klassische Win-win-Situation!

Nationalrat Ulrich Giezendanner, Unternehmer Transportbereich, Mitglied der nationalrätlichen Verkehrskommission, Rothrist (AG)

Energiepolitik ohne Utopien!

Ohne Energie läuft in der modernen Gesellschaft nichts. Eine funktionierende Energieversorgung ist eine zwingende Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Elektrizität ist dabei eine der Schlüsselenergien der Zukunft. Eine ausreichende, bezahlbare, sichere und vom Ausland weitgehend unabhängige Stromversorgung ist somit auch in Zukunft enorm wichtig. Dieses Prinzip hat sich auch nach Fukushima nicht geändert. Die Energiestrategie des Bundes führt jedoch in eine Sackgasse. Ohne Not wird die bewährte und für unsere Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze entscheidende Versorgung leichtsinnig und grobfahrlässig aufs Spiel gesetzt. Die SVP lehnt ein solches auf Utopien aufbauendes Konzept, das mit zusätzlichen Steuern

und Abgaben durchgesetzt und finanziert werden soll, entschieden ab und verlangt, dass sich die künftige Energiepolitik an den heute verfügbaren technologischen Grundlagen orientiert. Dazu gehört neben der konsequenten Nutzung der Wasserkraft und einem realistischen Potential an neuen erneuerbaren Energien wie beispielsweise Wind und Sonne insbesondere auch der Bau eines neuen Kernkraftwerkes bis 2030. Zuwanderung, neue Anwendungen wie auch die Bedürfnisse des Mobilitätsbereichs führen zu einem erhöhten Stromverbrauch. Ohne eine vernünftige, vorausschauende Politik werden in der Schweiz sprichwörtlich die Lichter ausgehen ...

Die SVP im Bundeshaus

54 Nationalrätinnen und Nationalräte

Kanton Aargau



Sylvia Flückiger-Bäni
01.06.1952, Unternehmerin,
2 Kinder, Schöftland



Ulrich Giezendanner
31.10.1953, Unternehmer,
3 Kinder, Rothrist



Hans Killer
09.03.1948, Dipl. Maurermeister,
1 Kind, Untersiggenthal



Hansjörg Knecht
24.03.1960, Unternehmer,
Leibstadt



Maximilian Reimann
07.05.1942, Finanzjurist, Dr. iur.,
2 Kinder, Gipf-Oberfrick



Luzi Stamm
09.09.1952, Jurist, lic. iur./lic. oec.,
3 Kinder, Baden

Kanton Basel-Stadt



Sebastian Frehner
02.09.1973, Unternehmer, Dr. iur.,
Basel

Kanton Basel-Land



Caspar Baader
01.10.1953, Rechtsanwalt, lic. iur.
/ dipl. Ing.-Agr. ETH, 3 Kinder,
Gelterkinden



Thomas de Courten
29.07.1966, eidg. dipl.
Betriebsökonom HWV, BR-SPRG,
3 Kinder, Rünenberg

Kanton Bern



Andreas Aebi-Keller
26.11.1958, Dipl. Landwirt/
Auktionator, 3 Kinder, Alchenstorf



Adrian Amstutz
02.12.1953, Unternehmer,
3 Kinder, Sigriswil



Andrea Geissbühler
03.08.1976, Polizistin, 1 Kind,
Herrenschwanden



Rudolf Joder
10.06.1950, Fürsprecher, Belp



Nadja Pieren
14.02.1980, Führungsfachfrau
eidg. FA, dipl. Kleinkinder-
erzieherin, Burgdorf

Kanton Bern



Albert Röstli-Neuwand
07.08.1967, Direktor Schweizer
Milchproduzenten, Dr. Ing.-Agr. ETH,
2 Kinder, Uetendorf



Erich von Siebenthal-Glauser
30.12.1958, Landwirt/
Betriebsleiter Bergbahnen,
3 Kinder, Gstaad



Hansruedi Wandfluh
16.01.1952, Unternehmer,
Dipl. Ing. ETH, 3 Kinder, Frutigen

Kanton Freiburg



Jean-François Rime
28.06.1950, Unternehmer,
lic. oec., 3 Kinder, Bulle

Kanton Gené



Céline Amaudruz
15.03.1979,
Vermögensverwalterin, Puplinge



Yves Nidegger
17.05.1957, Anwalt, lic. phil.,
5 Kinder, Gené

Kanton Graubünden



Heinz Brand-Ciocco
06.09.1955, Jurist, lic. iur., 1 Kind,
Klosters

Kanton Luzern



Yvette Estermann
26.02.1967, Beraterin, Ärztin,
1 Kind, Kriens



Felix Müri
22.01.1958, Unternehmer,
4 Kinder, Emmenbrücke

Kanton Neuenburg



Yvan Perrin
09.12.1966, Sicherheitsberater,
La Côte-aux-Fées

Kanton Nidwalden



Peter Keller
22.04.1971, Redaktor, lic. phil. I,
Hergiswil

Kanton Schaffhausen



Thomas Hurter
01.11.1963, Linienspilot, MBA,
2 Kinder, Schaffhausen

Kanton Schwyz



Pirmin Schwander
28.12.1961, Unternehmer,
Dr. oec. publ., 2 Kinder, Lachen

Kanton Solothurn



Roland F. Borer
27.01.1951, Unternehmer,
Kestenholz



Walter Wobmann
21.11.1957, Verkaufsleiter,
KMU-Berater,
3 Kinder, Gretzenbach

Kanton St.Gallen



Toni Brunner
23.08.1974, Landwirt,
Ebnat-Kappel



Roland Rino Büchel
08.10.1965, Sportmanager,
Kleinunternehmer, Oberriet



Thomas Müller
01.12.1952, Stadtpräsident, lic. iur.,
3 Kinder, Rorschach



Lukas Reimann
18.09.1982, Jura-Student, Wil

Kanton Tessin



Pierre Rusconi
03.12.1949, Vermögensverwalter,
2 Kinder, Sorengo

Kanton Thurgau



Markus Hausammann
20.09.1964, Meisterlandwirt,
4 Kinder, Langrickenbach



Verena Herzog
07.02.1956, Geschäftsfrau,
3 Kinder, Frauenfeld (tritt 2013 die
Nachfolge von Peter Spuhler an)



Peter Spuhler
09.01.1959, Unternehmer,
3 Kinder, Weiningen, (Rücktritt aus
dem NR auf den 31.12.2012)



Hansjörg Walter
05.02.1951, Landwirt,
Nationalratspräsident,
3 Kinder, Wängi

Kanton Waadt



André Bugnon
13.09.1947, Meisterlandwirt,
3 Kinder, Saint-Prex



Jean-Pierre Grin
16.03.1947, Meisterlandwirt,
3 Kinder, Pomy



Guy Parmelin
09.11.1959, Meisterlandwirt,
Weinbauer, Bursins



Pierre-François Veillon
30.04.1950, Agronom, ing. agr.
EPFZ, 3 Kinder, Les Plans-sur-Bex

Kanton Wallis



Oskar Freysinger
12.06.1960, Gymnasiallehrer,
lic. phil. I, 3 Kinder, Savièse

Kanton Zürich

 Christoph Blocher 11.10.1940, Unternehmer, Dr. iur., 4 Kinder, Herrliberg	 Max Binder (-Gäumann) 26.11.1947, dipl. Landwirt, 3 Kinder, Illnau	 Toni Bortoluzzi 16.02.1947, Schreiner, 4 Kinder, Affoltern am Albis	 Hans Egloff 27.11.1959, Rechtsanwalt, lic. iur., Aesch	 Hans Fehr 14.01.1947, Projektleiter, 2 Kinder, Eglisau	 Alfred Heer 12.10.1961, Kleinunternehmer, eidg. dipl. Kaufmann, 1 Kind, Zürich	 Hans Kaufmann 13.06.1948, Wirtschaftsberater, lic. oec. publ., 2 Kinder, Wettswil	 Christoph Mörgeli 16.07.1960, Prof. Dr., 2 Kinder, Stäfa
---	--	---	---	--	---	---	--

Kanton Zürich

 Natalie Rickli 19.11.1976, Partner Relation Manager, Winterthur	 Gregor Rutz (-Bihrer) 12.10.1972, Unternehmer, lic. iur., Zollikon (er wird am 26. November 2012 als Nachfolger von Bruno Zuppiger als Nationalrat vereidigt)	 Jürg Stahl 16.01.1968, Leiter Service Center, Nachdiplom HSG KMU, Brütten
---	---	---

Kanton Zug

 Thomas Aeschi 13.01.1979, Unternehmensberater, lic. oec. HSG, Harvard MPA, Allenwinden

5 Ständeräte

Kanton Glarus

 This Jenny 04.05.1952, Unternehmer, eidg. dipl. Baumeister, 2 Kinder, Netstal
--

Kanton Schaffhausen

 Hannes Germann 01.07.1956, Betriebsökonom, dipl. oec., 2 Kinder, Opfertshofen

Kanton Thurgau

 Roland Eberle 07.12.1953, Unternehmer, dipl. Ing-Agr. ETH, 3 Kinder, Weinfelden
--

Kanton Schwyz

 Peter Föhn 11.12.1952, Unternehmer, 4 Kinder, Muotathal	 Alex Kuprecht 22.12.1957, Relation Manager, eidg. dipl. Versicherungsfachmann, 2 Kinder, Pfäffikon
---	---

Die SVP in den Regierungen

19 Regierungsräte

Kanton Aargau

 Alex Hürzeler 01.06.1965, Vorsteher des Departementes Bildung, Kultur und Sport, Oeschgen
--

Kanton Appenzell Ausserrhodens

 Hans Diem 01.03.1949, Landammann, Vorsteher des Departementes Sicherheit und Justiz, 2 Kinder, Herisau	 Kübi Frei 06.03.1959, Vorsteher des Departementes Finanzen, 2 Kinder, Heiden
--	---

Kanton Bern

 Christoph Neuhaus 10.05.1966, Vorsteher der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, Belp
--

Kanton Schaffhausen

 Rosmarie Widmer Gysel 08.07.1956, Vorsteherin des Finanzdepartementes, Wilchingen	 Ernst Landolt 26.07.1953, Vorsteher des Departementes für Volkswirtschaft und Justiz, 3 Kinder, Rüdlingen
---	--

Kanton Nidwalden

 Ueli Amstad 19.02.1959, Landammann, Vorsteher der Landwirtschafts- und Umweltdirektion, 3 Kinder, Stans	 Res Schmid 25.02.1958, Vorsteher der Bildungsdirektion, 2 Kinder, Stans
---	---

Kanton Schwyz

 Andreas Barraud 15.11.1957, Vorsteher des Umweltddepartementes, 2 Kinder, Bennau	 André Rüegsegger 30.06.1976, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes, Brunnen	 Walter Stählin 29.06.1956, Landammann, Vorsteher des Bildungsdeparte- mentes, Lachen
---	--	---

Kanton St.Gallen

 Stefan Kölliker 09.09.1970, Vorsteher des Bildungsdepartementes, 3 Kinder, Bronschhofen
--

Kanton Thurgau

 Monika Knill 12.03.1972, Präsidentin des Regierungsrates, Vorsteherin des Departementes für Erziehung und Kultur, 2 Kinder, Alterswilen	 Jakob Stark 08.09.1958, Vorsteher des Departementes für Bau und Umwelt, 2 Kinder, Buhwil
---	---

Kanton Uri

 Beat Arnold 24.04.1978, Vorsteher der Sicherheitsdirektion, Schattdorf
--

Kanton Zug

 Stephan Schleiss 26.12.1972, Vorsteher der Direktion für Bildung und Kultur, Steinhausen	 Heinz Tännler 10.05.1960, Vorsteher der Baudirektion, 3 Kinder, Zug
---	---

Kanton Zürich

 Markus Kägi 25.02.1954, Präsident des Regierungsrates, Vorsteher der Baudirektion, 2 Kinder, Niederglatt	 Ernst Stocker (-Rusterholz) 20.04.1955, Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, 2 Kinder, Wädenswil
---	--

1 Bundesrat

 Ueli Maurer 01.12.1950, Vizepräsident des Bundesrates, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, 6 Kinder, Wernetshausen (ZH)
--

Zusammen geht's besser!



Res Schmid, Regierungsrat Emmetten (NW), ehemaliger Chef-Testpilot der armasuisse, verheiratet, Vater von zwei erwachsenen Kindern

Es gibt Eltern, die sprechen mich als Bildungsdirektor an, ermuntern mich und danken mir für die Art, wie ich meine Verantwortung in der Bildung wahrnehme. Andere treten offen mit Sorgen oder Kritik an mich heran. Für mich ist das wertvoll und ermöglicht es, die eigene Haltung zu prüfen und allenfalls Korrekturen vorzunehmen.

Nach meiner Amtsübernahme habe ich zur Führung der Bildungsdirektion sechs Bildungsgrundsätze festgelegt. Einer davon steht für die Sensibilisie-

rung der Eltern hinsichtlich ihrer Pflicht gegenüber der Schule. Leider zeigt es sich, dass dort, wo ein stärkeres Engagement seitens der Eltern vonnöten wäre, der Kontakt seitens der Schule oft schwierig herzustellen ist.

Eltern in die Zusammenarbeit mit der Schule einzubinden, ist schwierig, wenn das entsprechende Pflichtbewusstsein fehlt oder wenn grundlegende Erziehungsaufgaben einfach an die Schule abgeschoben werden. Dort, wo die Elternpflicht vernachlässigt wird, gehört für mich die Lehrerin oder der Lehrer zu den geeignetsten Personen, um direkt Einfluss zu nehmen; sei es im Rahmen von Elternabenden, durch direkte Gespräche oder – wo möglich – durch Hausbesuche. Natürlich braucht es dazu selbstbewusste und engagierte Lehrpersonen, welche bereit sind, diesen Zusatzaufwand zu leisten. Solche Lehrerinnen und Lehrer sollen wissen, dass sie auf die Unterstützung der Schulleitung, des Schulrats bzw. der Schulkommission und auch der Bildungsdirektion zählen können. Auf der andern Seite will ich Eltern gegen-

über, die ungerechtfertigte oder nicht erfüllbare Ansprüche an die Schule richten, klarstellen, dass die Hoheit der öffentlichen Schule für die Erfüllung ihrer grossen Aufgabe entscheidend und also zu respektieren ist. Was das Elternhaus betrifft, erachte ich die Vermittlung von Grundwerten wie Eigenverantwortung, Anstand oder Pünktlichkeit als fundamental.

Mir ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg durch die Volksschule in ihren Lehrerinnen und Lehrern Bezugspersonen und Vorbilder erleben. Als Bildungsdirektor rufe ich die Eltern im Interesse ihrer Kinder auf, ihre Pflichten gegenüber der Schule wahrzunehmen und mit dieser zusammenzuarbeiten. Liebe Eltern, haltet eure Kinder, wenn sie die Hausaufgaben gemacht haben, nach Möglichkeit fern von Tablets, Smartphones, Konsolen, PC oder TV und schickt sie, unabhängig von Wind und Wetter, hinaus an die frische Luft zum Spielen. Freut euch, wenn sie ausgetobt und mit schmutzigen Kleidern heimkehren. Das schafft einen gesunden Ausgleich zu Schule und Pflicht!

Vaterferien bei Mutterfreuden?

Bisher wurden alle Vorstösse für einen Elternurlaub von Bundesrat und Parlament abgelehnt. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen setzt darum neuerdings zum Erzwingen einer Elternzeit auf die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen.



Der Staat mischt sich immer mehr in die Erziehung ein – ist das der richtige Weg?

In allen Fragen, die die «Situation der Frauen in der Schweiz und die Gleichstellung der Geschlechter» betreffen, lässt sich der Bundesrat von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) beraten. Deren Auftrag: «Die EKF beobachtet und analysiert die Entwicklung der Frauen- und Gleichstellungspolitik in der

Schweiz. Sie erarbeitet Empfehlungen für frauenpolitische Massnahmen und zur Umsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann.»

Diese Kommission gebärdet sich mittlerweile wie eine Partei oder lieber noch wie eine Bundesbehörde. Jüngstes Beispiel: Die EKF hat die Thematik «Elternzeit – Elterngeld» auf ihre Agenda gesetzt (Positionspapier vom 21.09.2011): «Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit muss verbessert werden, um die Gestaltungsfreiheit des Familienlebens zu ermöglichen.» Die Kommission hatte sich schon 1982 bei der Mutterschaftsversicherung für die Schaffung eines Elternurlaubs stark gemacht. Bisher wurden alle Vorstösse für einen Elternurlaub von Bundesrat und Parlament abgelehnt.

Die EKF setzt darum neuerdings zum Erzwingen einer Elternzeit auf die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF). Diese fordert 24 Wochen «Elternzeit» mit einem Lohnfortzahlungsanspruch von 80 Prozent oder maximal 196 Franken pro Tag. Wörtlich steht im EKF-Positionspapier: «Auf lange Sicht geht es darum, die Erneuerung der Generationen zu sichern, indem allen Familien genügend Zeit, Geld und die Infrastruktur geboten wird, um ihren Kinderwunsch zu verwirklichen.»

Doch dahinter steckt zugegebenermassen der Wunsch nach EU-Kompatibilität: «Auf EU-Ebene sind alle Mitgliedstaaten verpflichtet, einen Elternurlaub von mindestens vier Monaten einzuführen. Die EKF fordert Bundesrat und Parlament auf, eine gesetzlich geregelte bezahlte Elternzeit zu schaffen.» Entschädigung in Form eines Erwerbersatzes beziehungsweise einer Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber sollten diese Wundertüte füllen. Über wirtschaftsschädliche Nebenwirkungen liest man kein Wort. Dafür aber: «Die bisher fehlende Vaterschaftszeit (oder Elternzeit) behindert das Aufbrechen der traditionellen Rollenverteilung in der familiären Betreuungsarbeit.»

Es wird zum Glück in der direkten Demokratie Aufgabe der Stimmberechtigten sein, über Sinn und Unsinn solchen Kollektivfortschritts zu befinden...

Peter Amtstutz, leitete lange Jahre die Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung» und gibt als freier politischer Publizist seine eigene Meinung wieder.

Familienpolitik:



Verena Herzog, Geschäftsfrau, Leiterin Administration im Zentrum für Kieferorthopädie Winterthur

«Die Familie ist das wichtigste Fundament für die Kinder und besonders in der globalisierten Gesellschaft ein grundlegender, bleibender Wert mit zunehmender Wichtigkeit. Die Familie leistet enorme unentgeltliche Arbeit für die Gesellschaft.»

Verena Herzog wird ihr Amt als Nationalrätin am 4. März 2013 als Nachfolgerin von Nationalrat Peter Spuhler antreten. Sie ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und wohnt in Frauenfeld (TG). Sie hat 8 Jahre als Kindergärtnerin und 4 Jahre als Kindergarteninspektorin gearbeitet und war 25 Jahre Hausfrau und Mutter. Seit 9 Jahren ist sie Geschäftsfrau, das heisst Leiterin Administration im Zentrum für Kieferorthopädie Winterthur.

Die Familieninitiative der SVP

Die gelebten verschiedenartigen Familien- und Lebensmodelle entsprechen den heutigen Bedürfnissen der Gesellschaft. Egal für welches Familien- und Lebensmodell sich die Familien entscheiden, ausschlaggebend ist, dass dem Wohl aller Beteiligten Rechnung getragen wird. Und dass die Kinder bedürfnisorientiert erzogen werden, mit viel Liebe, Nähe, Geborgenheit, Zuwendung, Geduld, Respekt und Sicherheit. Sie sollen mit Nestwärme aufwachsen und kräftige Wurzeln schlagen, um dann selbstbewusst im Leben zu stehen.



Am 12. Juli 2011 reicht die SVP 113'000 Unterschriften für die eidgenössische Volksinitiative für die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern («Familieninitiative») ein. Damit setzt sich die Partei klar für die Stärkung der Familien in der Schweiz ein.

Als Mutter von drei Kindern wehre ich mich entschieden dagegen, dass der Staat Familien diskriminiert, welche das traditionelle Familienbild leben, wo die Frau zu Hause die Kinderbetreuung und -erziehung wahrnimmt und so auch einen Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft leistet. Der britische Premierminister David Cameron hat nach den Jugendunruhen in englischen Städten eine Ansprache gehalten und auf den Wert der elterlichen Erziehung hingewiesen: «Alles, was der Familie schadet, was familiäres und elterliches Engagement untergräbt, was Werte zerstört, die den Zusammenhalt der Familien tragen, was die Familien daran hindert, zusammenzubleiben – all das muss konsequent unterlassen werden. Stattdessen müssen wir aktiv werden, positiven Einfluss ausüben, auf dass sich Familien entfalten können. Wir müssen Erziehung in der Familie unterstützen, statt sie ersetzen zu wollen.»

Familien stärken heisst Gesellschaft stärken

Nun, ich teile seine Meinung vollumfänglich. Die Erziehungs- und Betreuungsarbeit, welche in traditionellen Familien noch selbst wahrgenommen wird, ist eine Investition in die Gesellschaft und sollte auch so wertgeschätzt werden. Wenn den Kindern Regeln mitgegeben werden, ein Verständnis dafür, was gut und schlecht ist, Verantwortung, so dass sich die Kinder in die Gesellschaft integrieren und dort auch bereit sind, ihren Beitrag zu leisten, dann ist dies wertzuschätzen, auch vom Staat. Und daher sollte es selbstverständlich sein, dass der Staat die traditionellen Familien nicht fiskalisch diskriminiert und nur denjenigen Familien einen Steuerabzug gewährt, welche ihre Kinder fremdbetreuen lassen.

Es sollte selbstverständlich sein, dass auch Familien, welche das traditio-

nelle Familienmodell leben, einen entsprechenden Abzug vornehmen können. Familien, welche Eigeninitiative beweisen und sich innerhalb des Quartiers organisieren und keine vom Staat subventionierten Kindertagesstätten beanspruchen. Und auch Familien, welche sich generationenübergreifend gegenseitig aushelfen. In Anerkennung für ihre täglich eigens geleistete Erziehungsarbeit, welche der ganzen Gesellschaft zugutekommt. Als Motivation für die Frauen, welche sich tagtäglich «nur» um die Erziehungs- und Betreuungsarbeit kümmern.

Ja zur Familieninitiative und Nein zur fiskalischen Diskriminierung

Ich hoffe sehr, dass das Parlament, wenn es schon bald die Familieninitiative behandelt, sich für die Stärkung der traditionellen Familie entscheidet

und den Steuerabzug zulässt. Sonst bringt es mich in Erklärungsnot, wenn ich den zahlreichen Müttern aus meinem Bekanntenkreis mitteilen muss, dass sie auch weiterhin keinen Steuerabzug für ihre wertvolle Betreuungs- und Erziehungsarbeit vornehmen dürfen. Auch wenn sie unter der Doppelbelastung von Heimarbeit, z. B. im Familienbetrieb, und Kinderbetreuung leiden, wenn sie persönliche Abstriche in Kauf nehmen, nur damit sie tagtäglich für ihre Kinder da sein können.

Diejenigen Familien, welche sich jedoch für eine externe Betreuung entscheiden, egal, ob beruflich bedingt oder zur persönlichen Entlastung, dürfen entsprechende Abzüge machen. Wie diskriminierend ist dies denn?

Valérie Favre Accola, Mutter von drei Kindern, Davos Platz (GR)

«Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar weg ist.» Mark Twain



Monika Knill, die Vorsteherin des Departementes für Erziehung und Kultur, zeigt hohes Engagement für gute Schulen.

Die umfassende Bildung als Ganzes entscheidet massgeblich, wie wir unser Leben bestreiten und gestalten können. Mit Geld lassen sich umgekehrt persönliche Bildung oder einzelne Grundfertigkeiten nicht kaufen. Also tun wir gut daran, uns zu bilden.

Die Problematik eines zunehmenden Mangels an interessierten und geeigneten Jugendlichen in gewissen Berufsfeldern manifestiert sich oft darin, dass in relativ pauschalierten Äusserungen auf die teilweise fehlenden Grundfertigkeiten und ungenügenden sozialen Kompetenzen unserer Schülerinnen und Schüler hingewiesen wird. Die gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten 20 Jahre haben ihre Spuren hinterlassen.

Neue Medien verändern

Wir entwickeln uns zu einer 24-Stunden-Gesellschaft in ständiger Informations- und Kommunikationsbereitschaft (Stichwort «Social media»). Die traditionellen Zugehörigkeiten zur Familie, zu Vereinen und zur Nachbarschaft werden durch eine orts- und altersunabhängige virtuelle Gemeinschaft überlagert, beziehungsweise im Extremfall gar ersetzt. Die familiäre Situation und die Erziehung sind aber weiterhin wichtige und massgebliche Erfolgsfaktoren, auch für die berufliche Entwicklung eines Jugendlichen.

Diese Veränderungen sind kein Phänomen der Jugend, sondern der Gesellschaft als Ganzes.

«Chlüttere» und haushalten bleiben wichtig

Wer hat nun welche Verantwortung hinsichtlich der Aneignung von Grundfertigkeiten und der Persönlichkeitsbildung unserer Kinder zu tragen? Grundsätzlich die Eltern, ergänzt durch die Schule. Kinder, welche zu Hause oder bei Dritten handwerken, «chlüttere», kochen und haushalten dürfen (oder müssen), gehören wohl bald zur Minderheit.

Sind wir uns bewusst, dass ein Volksschüler umgerechnet nur etwa 23 Stunden pro Woche unterrichtet wird? Somit verbleiben pro Woche über 140 Stunden ausserhalb der Schule. Es ist nur schon von den Zeitgefässen her betrachtet eine Illusion, die Schule für die ganzheitliche Bildung unserer Kinder verantwortlich zu machen. Ziehen wir noch die Schlafzeiten ab, so verbleiben immer noch rund 90 kostbare Stunden, welche in der Verantwortung der Eltern liegen.

Schule kann nicht alles

In der Volksschule werden neben einer breiten Allgemeinbildung auch verschiedenste Grundfertigkeiten angeeignet oder ergänzt. Der Handarbeits- und Werkunterricht sowie der Bereich der Hauswirtschaft gehen aber über das blosses Erlernen von sogenannten Grundfertigkeiten hinaus. Die einzelnen Schritte hinsichtlich Planung, Vorbereitung und Durchführung eines Werkauftrages erfordern und verbinden elementare Kompetenzen.

Die Problematik, dass die Schule für verschiedene Defizite von Schülerinnen und Schülern «einspringen» muss – so auch hinsichtlich der Erziehung und des Erwerbs von Grundfertigkeiten –, macht den Bildungsauftrag nicht einfacher.

Die Schule muss sich diesen Ungleichheiten annehmen. Die begrenzt vorhandenen Ressourcen erlauben jedoch kein Wunschkonzert und erfordern eine klare Prioritätensetzung bezüglich der Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch die Schule.

Monika Knill, Regierungsrätin, Alterswiln (TG)

Das Reformieren des Reformierens

Weniger ist oft mehr, vor allem wenn es um ideologisch geprägte Schulreformen geht. Lehrpersonen gilt es als Bezugspersonen zu stärken und ihre Methoden- und Lehrmittelfreiheit zu gewährleisten.

Die Gesellschaft und somit auch die ganze Umgebung der Volksschule haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Natürlich ist davon auch das Schulwesen betroffen. Nicht selten bekunden Kinder und Jugendliche im Zuge dieser zunehmend komplexer werdenden Welt Orientierungsschwierigkeiten, es fehlt ihnen an verlässlichen Leitlinien und Bezugspersonen.

Reformitis stoppen

Selbstverständlich muss die Schule gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Politik und Bildungsverwaltungen antworten auf diese Ent-

tem entscheidet über die Qualität der Schule. Der Erfolg unserer Volksschule hängt primär vom Engagement und der beruflichen Qualität unserer Lehrkräfte ab. Nicht zuletzt durch die eingeführten und geplanten Reformen gibt es, neben der hauptsächlich Unterrichts- und -vorbereitung, eine Vielzahl an administrativen Tätigkeiten, welche eine Lehrkraft zunehmend stark in Anspruch nehmen. In diesem Bereich müssen Lehrpersonen entlastet werden, damit sie unsere Kinder unter Gewährung von möglichst grosser Methoden- und Lehrmittelfreiheit erfolgreich zu den vorgegebenen Lernzielen führen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken können. Reformen dürfen kein Selbstzweck sein, und Politiker sollen nicht nur daran gemessen werden, was sie getan, sondern gelegentlich auch daran, was sie vermieden oder verhindert haben.

Sandro Wasserfallen, Sekundarlehrer, SVP-Kantonsrat, Rorschach (SG)



wicklungen mit permanenten Reformen. Die grundlegendsten Reformen reichen von einer schweizweiten Schulharmonisierung bis hin zur Aufhebung von Sonderschulklassen oder sogenannten Kleinklassen. Dazwischen gibt es eine Vielzahl von mittleren und kleineren Reformen, welche die Volksschule in teilweise beträchtlicher Weise tangieren. Nicht selten stellt man einige Zeit nach Einleitung einer Reform fest, dass diese ungeahnte Probleme mit sich bringt, und buchstabierte wieder zurück oder wechselt gar gänzlich die Stossrichtung. Zurück bleiben die leidtragenden Kinder, erboste Eltern, frustrierte Lehrpersonen und eine unzufriedene Wirtschaft.

Lehrpersonen sind entscheidend

Die ganz grundsätzliche Frage, wie man trotz der grösser werdenden Herausforderungen im Bildungswesen die gesetzten Ziele bestmöglich erreichen kann, bleibt dabei meist auf der Strecke. Nicht in erster Linie das Schulsys-



Sarah Bösch, Mitglied der SVP-Bildungskommission Kanton Zürich, Kilchberg (ZH)

Die Lehrer-Ausbildung nach Konzept der Pädagogischen Hochschulen ist als gescheitert zu bezeichnen: Weder können die Pädagogischen Hochschulen den Volksschulen der Schweiz den von diesen benötigten Nachwuchs an Lehrern gewährleisten, noch kann die Ausbildung der Pädagogischen Hochschulen den Jung-Lehrern jene Fähigkeiten vermitteln, welche diese in der täglichen Arbeit mit ihren Klassen benötigen. Diese Ausgangslage ruft nach einer konsequenten Praxisausbildung. Die von der SVP erarbeitete Alternative heisst «Lehrer-Lehre» – eine Lehrer-Ausbildung, die konsequent auf das Schulleben, auf die Klassenführung durch Klassenlehrer ausgerichtet ist.

Unternehmerportrait

«Wir brauchen Mitarbeiter mit herausragender Ausbildung!»

Interview mit Romain Schaer, Präsident SVP Jura und Unternehmer



Romain Schaer ist zweifacher Familienvater und Mitglied des jurassischen Kantonsparlaments.

Als SVP-Mitglied führen Sie Ihr eigenes Unternehmen. Was produzieren sie?

Die LTB AG ist ein Familienunternehmen mit Sitz in Liestal, welches seit über 35 Jahren Luftfilter herstellt. Die Filterbranche und insbesondere die Sparte Luftfilter ist sehr faszinierend, weil sie dermassen komplex ist – Luft ist schliesslich unsichtbar! Gemeinsam mit unseren 15 Mitarbeitern setzen wir uns täglich dafür ein, auf dem neuesten Stand zu sein und nach innovativen Neuerungen und Lösungen zu suchen. Wir haben diverse Patente, unsere registrierte Marke heisst SavEnergy und steht für unser Sortiment an Produkten mit einem geringen Energieverbrauch, was uns eine optimistische Zukunftsplanung erlaubt. Glücklicherweise kann ich auf ein motiviertes und engagiertes Team zählen, was mir nach wie vor ermöglicht zu exportieren, trotz des schwachen Euros. Allerdings sind die Margen mittlerweile dermassen geschrumpft, dass kein weiterer Spielraum bleibt.

Damit tragen Sie eine grosse Verantwortung?

Ein Unternehmen zu führen, bedeutet an sich schon eine grosse Verantwortung. Neben den gesamten administrativen Belangen habe ich eine Verantwortung gegenüber meinen Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern wahrzunehmen. Ich muss schauen, dass ich mit dem Auftragsvolumen und der unternehmerischen Planung die bestehenden Arbeitsplätze sichern und allenfalls gar zusätzliche schaffen kann. Meine Verantwortung liegt also hauptsächlich darin, für den Fortbestand meines Unternehmens zu sorgen. Ein Unternehmer denkt nur selten kurzfristig, zumeist investiert er mittel- und langfristig, nicht aus Eigeninteresse, sondern in erster Linie im Interesse seiner Mitarbeiter.

Wie hoch gewichten Sie Innovation in Ihrem Unternehmen?

Innovation ist der eigentliche Motor, ja gar das Herz unseres Unternehmens. Als KMU-Betrieb liegt unser grösstes Potential in der Kapazität, innovative Lösungen zu erarbeiten und sich flexibel auf Kunden- und Marktbedürfnisse einzustellen. Daher ist es notwendig, dass meine Mitarbeiter über herausragende Ausbildungen verfügen. Nur so lassen sich diese Herausforderungen bewältigen, ohne bereits vorhandenes Know-how oder bestehende Errungenschaften zu vernachlässigen oder gar zu gefährden. Das Personal geniesst in meinem Unternehmen einen sehr hohen Stellenwert und ist ein wichtiger Grund für unsere Innovationen und unseren Erfolg.



E i n l a d u n g

zum öffentlichen Gedenk Anlass des 20. Jahrestages
des EWR/EU-NEIN vom 6. Dezember 1992

Der Weg der Schweiz in die Zukunft

Sonntag, 2. Dezember 2012, 14:00 Uhr, Biel

Strandboden/Hayek-Park, direkt am See

10 Minuten zu Fuss vom Bahnhof Biel – Weg ausgeschildert,
Shuttle-Bus ab Bahnhof (Ausgang See), Parkplätze vorhanden

1. Teil: Feierlicher Gedenk Anlass im Freien

14:00 Uhr

- Auftakt mit Böllerschüssen, Aufmarsch der Fahnenträger, begleitet von Treichlerformationen, Landeshymne
 - Kurzbotschaft von **Uli Windisch**, Soziologieprofessor, Genf
 - Kurzbotschaft aus der italienischen Schweiz von **Lara Filippini**, Tessiner Grossrätin und Gemeinderätin
 - Ansprache von **Christoph Blocher**, Nationalrat und a. Bundesrat
 - Beresina-Lied
- Mitwirkung: Stadtmusik Biel und Tenor Peter-Matthias Born

2. Teil: Volksfest im Festzelt, Festwirtschaft und Unterhaltung

ab 15:00 Uhr

- Auftritt von Roberto Brigante, Jodler und Schwyzerörgeli, Schlagersängerin Rahel Tarelli u.a.

Alle Interessierten sind eingeladen.

Es laden ein:

Aargauische Vaterländische Vereinigung, AUNS, Chance 21, EDU Schweiz, Junge SVP Schweiz, Komitee selbstbewusste freie Schweiz, Organisation pour la souveraineté de la Suisse, Pro Libertate, Schweizer Demokraten, Schweizerisches Aktionskomitee gegen EWR- und EG-Diktat – für eine welt-offene Schweiz, Schweizerzeit, SVP Biel, SVP Schweiz, Unternehmer-Vereinigung gegen den EU-Beitritt, Vereinigung Bern Aktiv, Vereinigung Medien-Panoptikum, Young4FUN.ch

Spende für die Unkosten (Vermerk: Stopp EU-Beitritt):
UBS-Postkonto 80-2-2, Konto-Nr.: 0235 00130326.01N
IBAN: CH93 0023 5235 1303 2601 N

www.stopp-eu-beitritt.ch

Auch ich setze mich für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein. Deshalb unterstütze ich die SVP!

Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk/Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.

Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.

Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Newsletter auf mein Mail:

.....

Bitte schicken Sie mir Parteiunterlagen und Parteiprogramm meiner SVP-Kantonalpartei zu.

Ich sammle gerne Unterschriften für die Partei. Bitte schicken Sie mir jeweils Unterschriftenbogen von SVP-Volksinitiativen und Referenden zu.

Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für SVP-Plakate zur Verfügung zu stellen. Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Ich unterstütze die SVP finanziell in ihrem Ziel, für eine freie, unabhängige Schweiz einzutreten (Spenden können im begrenzten Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):

Ich spende Fr. auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.

Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf, ich hätte gerne mehr Informationen über die Möglichkeit, der SVP ein Legat/eine Erbschaft zu vermachen.

Adresse:

Name / Vorname

.....

Strasse

.....

PLZ / Ort

.....

Telefon

.....

E-Mail

.....

Datum / Unterschrift

.....

Bitte zurücksenden an:

SVP Schweiz
Generalsekretariat
Postfach 8252
3001 Bern
Tel. 031 300 58 58
Fax. 031 300 58 59
E-Mail info@svp.ch

www.svp.ch

